

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

04
2017

AUGUST 2017
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

Schulz : Merkel

DEUTSCHLAND VOR DER WAHL

**Warum es einen Unterschied
macht, ob Union oder SPD regieren**



seat.de/firmenkunden

Fortschritt kostet: nur 78 €¹ im Monat mit dem Testsieger-Leasing.

Der neue SEAT Ibiza.

- Klimaanlage
- SEAT Media-System „Touch“
- Ultraschall-Einparkhilfe hinten
- Winter-Paket

Als dreifacher Testsieger² zeigt der neue SEAT Ibiza überall Größe – nur nicht in der Bilanz. Dafür sorgen unser Angebot mit zusätzlicher Ausstattung und das Servicepaket „Wartung & Verschleiß“ – jetzt zum Aktionstarif für nur 9,90 €³ im Monat.

SEAT FOR BUSINESS. Ihre Ziele sind unser Antrieb.



SEAT Ibiza Reference 1.0 MPI, 55 kW (75 PS), Kraftstoffverbrauch: innerorts 6,0, außerorts 4,3, kombiniert 4,9 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 112 g/km. CO₂-Effizienzklasse: C. SEAT Ibiza Kraftstoffverbrauch: kombiniert 4,9–4,7 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 112–106 g/km. CO₂-Effizienzklassen: C–B.

¹ Der SEAT Ibiza Reference 1.0 MPI, 55 kW (75 PS), auf Grundlage der unverbindlichen Preisempfehlung von 11.966,39 € + Mindestsonderausstattung 1.731,09 €, zzgl. Überführungskosten und MwSt.: 78,00 € monatl. Finanz-Leasingrate bei 24 Monaten Laufzeit und jährlicher Laufleistung von 10.000 km. 0 € Sonderzahlung. Ein Angebot der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Dieses Angebot ist nur für gewerbliche Kunden ohne Großkundenvertrag und bis zum 30.09.2017 gültig. Bei allen teilnehmenden SEAT Partnern in Verbindung mit einem neuen Leasingvertrag bei der SEAT Leasing, Bonität vorausgesetzt. ² Auto Zeitung Ausgabe 14/2017, Auto Bild Ausgabe 24/2017, Auto Bild Ausgabe 16/2017. ³ Ein Angebot der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Str. 57, 38112 Braunschweig. Gültig bis zum 31.12.2017 und nur für gewerbliche Kunden mit und ohne Großkundenvertrag. Ausgenommen sind die besonderen gewerblichen Abnehmergruppen Taxi-/Mietwagenunternehmen und Fahrschulen. Bei allen teilnehmenden SEAT Partnern in Verbindung mit einem neuen Leasingvertrag mit der SEAT Leasing, Bonität vorausgesetzt. 9,90 € netto (zzgl. MwSt.) mtl. Servicerate für die Dienstleistung „Wartung & Verschleiß“ bei einer Gesamtleistung von bis zu 60.000 km. Für eine Gesamtleistung zwischen 60.000 km und maximal 180.000 km beträgt die mtl. Servicerate maximal 59,00 € netto (zzgl. MwSt.). Angebot gilt nur für den SEAT Ibiza. Nähere Informationen hierzu erhalten Sie bei Ihrem teilnehmenden SEAT Partner. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

Unterschiede werden sichtbar

*Liebe Lesenden
und Les,*

endlich: Nach vier Jahren koalitionärer Einigkeit werden sie langsam wieder sichtbar, die Unterschiede zwischen Union und SPD. Viel zu lange haben die großen Volksparteien sich nur auf personelle Unterschiede konzentriert statt in der Sache miteinander zu streiten. Natürlich kommt es in Parteien auch auf die Köpfe an. Entscheidend sind am Ende aber die Werte und Positionen, mit denen wir die Wähler an der Urne überzeugen wollen. Ich bleibe deshalb dabei: Eine Neuauflage der Großen Koalition würde der Demokratie schaden und die Politikverdrossenheit fördern.

Mit ihrem Regierungsprogramm zeigen CDU und CSU nun aber auf, dass es einen großen Unterschied macht, ob am 24. September die Union das Rennen macht oder eine andere Partei. Das gilt vor allem für die Mittelstandspolitik.

Beispiel Steuern: Unser Wahlprogramm enthält – vor allem dank des Drucks der MIT – die umfassendste Steuerentlastung, die jemals in einem Wahlprogramm der Union beschlossen wurde. Wir werden nach der Bundestagswahl alle Steuerzahler erheblich entlasten, insgesamt um 27 Milliarden Euro. Von unseren Maßnahmen profitieren allen voran Familien mit Kindern sowie Bezieher unterer und mittlerer Einkommen. Damit setzen wir das wichtige Signal für die, die unser Land am Laufen halten. Demgegenüber will die SPD neue Steuern für die Leistungsträger einführen, für Facharbeiter, Handwerker, Freiberufler – und das in Zeiten von Niedrigzinsphasen und sprudelnden Mehreinnahmen für den Fiskus. Wir wollen stattdessen mit dem Geld auskommen, das wir haben.

Beispiel Ausbildung: Mit dem Bekenntnis zur Meisterpflicht haben CDU und CSU eine zentrale Forderung der MIT übernommen. Als einzige politische Kraft wagt sich die Union daran, den Fehler der Abschaffung der Meisterpflicht zahlreicher Berufe rückgängig zu machen. Über einen Meisterbonus stärken wir zusätzlich junge Absolventen, indem wir ihnen die Gebühren für die Meisterprüfung erlassen. Denn nur über eine Stärkung der dualen Ausbildung können wir den Trend zur Akademisierung stoppen.



Beispiel Soziales: Angesichts der prall gefüllten Staatskassen droht ein weiteres Ausufern sozialer Wohltaten. SPD, Grüne und Linke überbieten sich förmlich im Wettbewerb um die größten Rentengeschenke. Stattdessen setzen wir auf eine ernsthafte Weiterentwicklung der Rente nach 2030 durch eine parteiübergreifende Rentenkommission. Deutschland gibt inzwischen mehr als die Hälfte seines Bundeshaushalts für Soziales aus. Wer jetzt die Sozialstaatsquote weiter erhöhen will, entfernt sich von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Diese Punkte zeigen, dass die Union ein starkes Angebot für die gesellschaftliche Mitte hat. Natürlich hätte ich mir an einigen Stellen etwas mehr Klarheit gewünscht, wie zum Beispiel in der Energiepolitik. Für die MIT bleibt deshalb trotz des zufriedenstellenden Wahlprogramms noch einiges zu tun. Jetzt gilt es, unsere Familien, Freunde, Nachbarn von uns zu überzeugen. Wir dürfen uns nicht auf den Umfragen ausruhen, sondern müssen nun überall für eine starke Union kämpfen – damit wir nicht wieder eine Große Koalition oder gar Rot-Rot-Grün erhalten.

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

Redaktion:

Katharina-Luise Kittler
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Rudolf Ley
Projektleitung: Andreas Oberholz

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

Eky Chan/stock.adobe.com
picture alliance/Eventpress
picture alliance/Sueddeutsche Zeitung
Photo

Druckauflage:

36.000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird ab dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0202 3178693
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe sind Werbebeilagen der Walbusch Walter Busch GmbH & Co. KG sowie der Betriebs- und Büroeinrichtungen Schultz GmbH & Co. KG beigelegt. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

13



MIT:EDITORIAL

Unterschiede werden sichtbar 3
von Carsten Linnemann

Das Regierungsprogramm der Union zeigt gerade im Bereich der Mittelstandspolitik klare Unterschiede zur SPD auf

MIT:KOLUMNE

Keine Alternative zu Angela Merkel 8
von Hugo Müller-Vogg

Ein Außenminister Trittin? Die Aussicht auf eine Regierung Schulz ist nicht verlockend, findet Hugo Müller-Vogg

MIT:TITEL

Interview mit Horst Seehofer
„Opferschutz muss klar vor Täterschutz stehen“ 10
Der CSU-Chef im Gespräch über die innere Sicherheit, die Rente, über Bürokratie- und Steuerlasten

MIT diskutiert

Bundemittelstandstag mit Merkel und Seehofer 13
Kanzlerin Angela Merkel absolviert ihren voraussichtlich letzten öffentlichen Auftritt vor dem TV-Duell

Regierungsbilanz
Was haben CDU und CSU dem Mittelstand gebracht? 14
Die Unionsfraktion hat viele wichtige Erfolge durchsetzen können. Welche sind das?

Wahlprogramme im Vergleich
Was Union und SPD unterscheidet 18
Die Programme zur Bundestagswahl zeigen einige Gemeinsamkeiten und viele Gegensätze auf

Interview mit Markus Pieper
Sozialpolitik muss Aufgabe der Mitgliedsstaaten bleiben 22
Mit einem Kanzler Martin Schulz droht der europäische Superstaat

Mehrweg versus Einweg
Krieg der Pfandflaschen 26
Hart umkämpft: Plastikflaschen und Dosen sind umweltfreundlicher, als ihre Gegner behaupten.



MIT:ERKLÄRT

Wahl-Lexikon

Begriffe zur Bundestagswahl 24

Wie ergibt sich die Reihenfolge der Parteien auf dem Wahlzettel?

MIT:ERKLÄRT

MIT:FAKTEN

6, 9

Die eigenen Kollegen nerven im Urlaub, Familienunternehmen blicken positiv in die Zukunft, doch ihre Führungskräfte sind dafür noch schlecht gerüstet

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Brauchen wir mehr staatliche Regulierung unserer Lebensmittel? 30

Dietrich Monstadt und Gitta Connemann streiten über Gesundheitsschutz und Bevormundung

MIT:SERVICE

Kolumne

Mehr Netto vom Brutto 32

Autotest

Mitsubishi Lzoo Club Cab 33

MIT:INSIDE

EU-Check 34

Personalien 36

Neumitglieder 38

24





Unvorbereitete Fachkräfte

Eine neue Untersuchung der Technischen Universität München, die im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erstellt wurde, kommt zu bemerkenswerten Ergebnissen: Selbst hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte sehen sich für die Umwälzungen in der Arbeitswelt durch die zuneh-

mende Digitalisierung nicht gut vorbereitet. Unter den Studenten und Absolventen fühlen sich knapp 46 Prozent schlecht gerüstet. Bei den Berufsanfängern sind es rund 51 Prozent, bei den Berufserfahrenen sogar 58 Prozent. Auch bei der Personalgewinnung sieht die Untersuchung Verbesserungspotenzial bei den Familienunternehmen: Nur knapp 40 Prozent der Befragten sind mit dem digitalen Bewerbungsprozess von Familienunternehmen zufrieden.



Familienunternehmen gut aufgestellt

Nach einer Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutschen Bank unter den größten Familienunternehmen in Deutschland bewerten immer mehr große Familienunternehmen die eigenen Aussichten optimistisch. Drei Viertel (76 Prozent) der Befragten schätzen die zukünftige Wirtschaftslage ihres Unternehmens als gut oder sehr gut ein – damit ist dieser Wert das fünfte Jahr in Folge gestiegen. Im vergangenen Jahr waren es noch rund zwei Drittel der Unternehmen. Nicht einmal jedes zehnte Unternehmen (sieben Prozent) rechnet damit, dass sein Exportanteil in den USA sinken wird. Eine weitere Aussage der Studie: Priorität einer neuen Bundesregierung müsse die Stabilisierung der Europäischen Union sein. Dies fordere mehr als jedes zweite große Familienunternehmen in Deutschland (55 Prozent). Zentrale Sorge der größten Familienunternehmen ist ein Wiederaufkommen der Schuldenkrise (63 Prozent).

Union steht für wirtschaftlichen Aufschwung

Die beiden Unionsparteien stehen nach Ansicht einer Mehrheit der Deutschen (40 Prozent) am ehesten für wirtschaftlichen Aufschwung und mehr Beschäftigung. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im Auftrag der MIT hervor. Die SPD erhielt mit 19 Prozent nur etwa halb so viele Nennungen. Befragt nach den beiden Spitzenkandidaten, antworteten zwei Drittel (66 Prozent) der Befragten, mit Angela Merkel wirtschaftlichen Aufschwung und mehr Beschäftigung zu verbinden. Auf Martin Schulz entfielen 34 Prozent der Stimmen. 82 Prozent der Befragten gaben an, dass ihnen wirtschaftlicher Aufschwung und Beschäftigung bei ihrer Wahlentscheidung wichtig seien.

Weiterhin geht aus der Umfrage hervor, dass Schwarz-Gelb derzeit die beliebteste Koalition der Deutschen ist. Jeder fünfte Befragte (22 Prozent) wünscht sich nach der Bundestagswahl eine Koalition aus CDU/CSU und FDP. Eine Große Koalition wird von 17 Prozent der Befragten favorisiert. Ein rot-rot-grünes Bündnis würden 14 Prozent der Befragten unterstützen. Jeder Zehnte wünscht sich eine Koalition aus SPD und Grünen. Die unbeliebtesten Optionen wären demnach Schwarz-Grün (fünf Prozent) und eine Jamaika-Koalition (vier Prozent). Die Umfrage, an der 1065 Personen ab 18 Jahren aus ganz Deutschland teilnahmen, wurde am 14. und 15. August als Online-Befragung durchgeführt.

Neuer MIT:SHOP online

Nach einem Relaunch ist der neue MIT:SHOP online gegangen.

Unter www.mit-shop.de können alle MIT-Werbeprodukte sowie Infomaterialien bequem und einfach online bestellt werden.

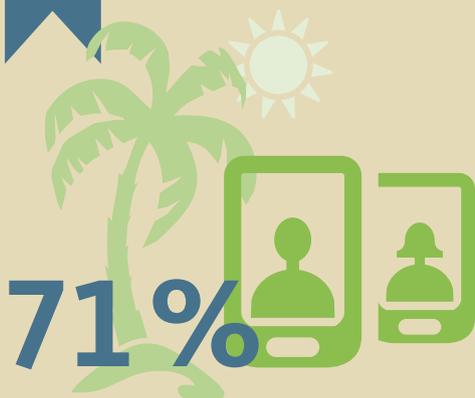
Die MIT kooperiert dabei mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die ihrerseits ihren Webshop komplett überarbeitet hat. Die MIT hat nun einen eigenen Bereich im CDU-Webshop mit

vielen neuen Funktionen, Interaktions-, Bezahl- und Versandmöglichkeiten. Die Abwicklung läuft über einen langjährigen Kooperationspartner der CDU, so dass die MIT-Bundesgeschäftsstelle beim Bestell-, Versand- und Rechnungswesen entlastet wird. Als neue Werbemittel sind unter anderem ein stabiler Stoffbeutel, eine Hissflagge und ein origineller Notizblock im Angebot.

Mehr unter: www.mit-shop.de



„Angezählt“



Die Sommerzeit neigt sich dem Ende entgegen und so mancher sehnt sich an den Strand zurück. Doch richtiges „Abschalten“ ist dort für die meisten Beschäftigten unüblich geworden: 71 Prozent der deutschen Arbeitnehmer sind auch im Urlaub für den Chef erreichbar. Das geht aus einer aktuellen Umfrage von Bitkom Research hervor. Berufliche E-Mails lesen in den Ferien aber nur vier von zehn Beschäftigten (38 Prozent). Per Telefon oder Messenger-Dienste wie Whatsapp sind 58 beziehungsweise 59 Prozent erreichbar. Mit 75 Prozent am höchsten ist der Grad der Erreichbarkeit den Angaben zufolge bei den 30- bis 49-Jährigen. Jedoch zeigte die Studie auch, dass vornehmlich nicht Vorgesetzte ihre Mitarbeiter im Urlaub stören, sondern vor allem die eigenen Kollegen.

Keine Alternative zu Angela Merkel

Von Hugo Müller-Vogg

Es war einmal eine junge CDU-Politikerin, die ihre durch die Wahlniederlage von 1998 und die Spendenaffäre erschütterte Partei aus der Krise führte: mit einem Bekenntnis zur westlichen Wertegemeinschaft, einem klaren ordnungspolitischen Leitbild, mit weitreichenden, marktwirtschaftlichen Reformvorschlägen in der Steuer- und Sozialpolitik, mit einem Kurs der „Entstaatlichung“. Und die für Zeitgeist-Schnickschnack wie das „Binnen-I“ in „BürgerInnen“ und ähnliches nur ein spöttisches Lächeln übrig hatte. Ihr Name: Angela Merkel.

Sie schaffte es. Seit 2005 regiert sie das Land – ohne große Visionen, dafür aber mit einem nüchternen Sinn für das Machbare. Sie steuerte die Bundesrepublik sicher durch die Finanzkrise von 2008, hielt Europa in der Eurokrise zusammen, wurde zur einflussreichsten Frau der Welt. Die Deutschen fühlen sich – gerade mit Blick auf Trump, Putin oder Erdogan – bei „Mutti“ sicher. Unsichere Zeiten sind immer Kanzlerzeiten.

Bekanntlich verändert jedes Amt den Amtsinhaber, den einen weniger, die andere mehr. Bei Angela Merkel war der Wandel deutlich zu spüren. Aus der CDU-Vorsitzenden wurde die Vorstandsvorsitzende des Deutschland-Konzerns. Ihr Handeln ähnelt dem von Wirtschaftsbossen: Der Kunde ist König. Man kann das so bewerten: Ein Anbieter, der neue Trends sensibel aufspürt und sein Produkt entsprechend verändert. Oder so: ein ziemlich stark von Umfragen getragenes Agieren.



Hugo Müller-Vogg ist freier Journalist und Buchautor. Von 1988 bis 2001 war er Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.
Twitter.com/Hugo-MuellerVogg

Was hätte wohl jemand zu hören bekommen, der 2005 folgende Prognose gewagt hätte: Unter einer CDU-Kanzlerin wird es einen viel radikaleren Ausstieg aus der Kernkraft geben als bei Rot-Grün, werde der flächendeckende Mindestlohn Gesetz, werde der Wohnungsmarkt durch eine Mietpreisbremse zu regulieren versucht, werde die Rentenkasse durch das gewerkschaftliche Lieblingsprojekt „Rente mit 63“ und eine falsch finanzierte Mütterrente belastet, würden die Eigentümerrechte von Unternehmern durch eine Frauenquote eingeschränkt, hechele die Union beim Thema „Homoehe“ dem Zeitgeist hinterher und werde die Wehrpflicht samt dem „Staatsbürger in Uniform“ so nebenbei entsorgt? Er wäre von der CDU ausgelacht worden – von den Medien

ebenso. Wer überdies prognostiziert hätte, eine von der CDU geführte Bundesregierung werde die Grenzen öffnen, bestehende Gesetze nicht beachten und eine Zeit lang jeden unkontrolliert ins Land lassen, der hierher wolle, dem wäre eine psychotherapeutische Behandlung empfohlen worden.

Ja, die Angela Merkel von einst gibt es nicht mehr – die alte CDU ebenfalls nicht. Wer dies bedauert, der kann bei der Vorstellung Trost finden, Deutschland wäre in den vergangenen zwölf Jahren von Rot-Grün oder Rot-Rot-Grün regiert worden. Dann gäbe es die „Agenda 2010“ schon lange nicht mehr, finanzierte Deutschland großzügig die falsche Politik anderer EU-Staaten, hätte Umverteilung für die Regierenden höchste Priorität und stünde das Tor nach Deutschland noch immer so weit offen wie im Herbst 2015.

Bei aller Kritik an zwölf Merkel-Jahren: Die Aussicht auf eine Regierung Schulz mit einem Außenminister Trittin und einer Finanzministerin Wagenknecht ist nicht gerade eine verlockende Alternative. Merkels Fähigkeit, sich koalitionspolitischen Zwängen ebenso geschmeidig anzupassen wie Stimmungsumschwüngen in der Bevölkerung, könnte sich nach dem 24. September dagegen als gut für das Land erweisen. Falls nämlich die Union zusammen mit der FDP einen Neustart unternimmt und die CDU unter liberalem Druck wirtschaftspolitisch zur Besinnung kommt, zur Rückbesinnung auf Ludwig Erhard. Angela Merkel könnte diese Politik umsetzen – alternativlos. ●

Sozialranking: Deutschland macht Fortschritte

Das Beratungsunternehmen Deloitte hat zum vierten Mal die weltweite Entwicklung von Staaten bezüglich sozialer Gesichtspunkte analysiert. Ergebnis: Nordeuropäische Länder führen das Ranking an. Dänemark belegt Platz eins, gefolgt von Finnland, Island und Norwegen. Deutschland ist erstmals mit Rang 13 und 88,5 Punkten in der Spitzengruppe mit dem höchsten sozialen Fortschritt vertreten. Im Vergleich zum Vorjahr klettert die Bundesrepublik um zwei Plätze nach oben. In den Hauptkategorien Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse, Grundlagen des Wohlbefindens sowie Chancen und Möglichkeiten erreicht Deutschland jeweils Plätze unter den 15 besten Nationen. Die Kategorien berücksichtigen Faktoren wie die Verfügbarkeit leistbaren Wohnraums, persönlicher Sicherheit und Freiheit, Zugang zu Trinkwasser oder Bildungsmöglichkeiten. In Umweltfragen nimmt Deutschland den fünften Platz ein.



Quelle: Deloitte



Canvassing

Der Begriff klingt modern, gehört für geübte Wahlkampf-Strategen aber schon seit Jahrzehnten zum guten Ton. „Canvassing“ ist englisch und heißt Kunden- oder Stimmenwerbung. Es beinhaltet die direkte Ansprache möglicher Wähler durch den Wahlkämpfer, das heißt: Es wird persönlich. Denn Wähler werden beispielsweise zu Hause aufgesucht („Haustürwahlkampf“). Das politische Gespräch an der Haustür eröffnet Parteien die handfeste Chance, Wahlentscheidungen positiv zu beeinflussen – das hat eine aktuelle, repräsentative Studie des Meinungsforschungsinstituts YouGov herausgefunden. „Straßencanvassing“ dagegen findet dort statt, wo die Begegnung mit vielen Menschen möglich ist. Parteien stellen Informationsstände in Fußgängerzonen, Geschäftsstraßen oder auf Marktplätzen auf und kommen so unkompliziert ins Gespräch mit Passanten.

#FakeNews



Die SPD hat mit den Militärausgaben ein weiteres Wahlkampfthema entdeckt. Seit Wochen behaupten SPD-Funktionäre, CDU und CSU wollten Sozialleistungen kürzen, hätten aber „kein Problem damit, jährlich 20 bis 30 Milliarden Euro zusätzlich für Rüstung auszugeben“ (Martin Schulz). Auch Außenminister Sigmar Gabriel sinnierte, Teile der Union wollten den Rüstungsetat anheben „und dafür die Sozialausgaben kürzen“. Das Regierungsprogramm von CDU und CSU können sie damit aber nicht meinen, denn dieses sieht an keiner Stelle Ausgabenkürzungen vor, im Gegenteil. Offenbar beziehen sie sich auf Aussagen von Finanzstaatssekretär und Präsidiumsmitglied von MIT und CDU, Jens Spahn. Der sagte im Februar in einem Interview, als größere Mängel bei der Ausstattung der Bundeswehr bekanntgeworden waren: „Etwas weniger die Sozialleistungen erhöhen in dem einen oder anderen Jahr und mal etwas mehr auf Verteidigungsausgaben schauen.“ Von Kürzungen war also nicht die Rede. Fakt ist auch: Die Große Koalition hat sich 2014 unter Beteiligung des damaligen SPD-Außenministers Frank-Walter Steinmeier beim Nato-Gipfeltreffen in Wales zu dem Ziel verpflichtet, bis 2024 zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Rüstung zu stecken. Heute tun die Sozialdemokraten so, als hätten sie das nie mit vereinbart und als wäre es nicht mehr gültig.

INTERVIEW MIT CSU-CHEF HORST SEEHOFER

„Opferschutz muss klar vor Täterschutz stehen“



Neben Bundeskanzlerin Angela Merkel ist er der mit Spannung erwartete Ehrengast auf dem Bundesmittelstandstag in Nürnberg: der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer. Im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben spricht der CSU-Vorsitzende über die Herausforderungen der Rentenpolitik, über Bürokratie- und Steuerlasten und fordert „effektive Einreisekontrollen“ an den deutschen Außengrenzen.

Herr Ministerpräsident, die Große Koalition wird gerade von Mittelständlern sehr kritisch gesehen. Was hat die Koalition aus Ihrer Sicht für Mittelstand und Arbeitsplätze gebracht?

Horst Seehofer: Zunächst einmal: Deutschland steht nach zwölf Jahren unter Führung von CDU und CSU prächtig da. Die Wirtschaft boomt. Noch nie hatten so viele Menschen einen Arbeitsplatz wie heute. Wir haben in den letzten vier Jahren alle unsere Wahlversprechen eingelöst. Dass es mit uns wie versprochen keine neuen Schulden und keine höheren Steuern gegeben hat, war eine Voraussetzung für den andauernden Aufschwung. Und wir haben viele Anschläge auf den Mittelstand abgewehrt: Denken Sie nur an die Erbschaftsteuer, wo SPD und Grüne die Betriebe auf Kosten der Arbeitsplätze zur Kasse gebeten hätten.

Die Rente mit 63 hat die SPD mit Gewalt durchgesetzt, sie wird von fast allen Rentenexperten sehr kritisch gesehen. Wird die Union das zurückdrehen?

Jetzt kommt es erst einmal darauf an, eine Wahl zu gewinnen. Wir werden jedenfalls alles tun, um Arbeitsplätze zu schützen und neue zu schaffen. Das Projekt der Union für die nächsten Jahre heißt: Wohlstand und Sicherheit für alle. Für die Rente gilt: Wir haben die Weichen dafür gestellt, dass die Renten bis 2030 sicher und verlässlich sind. Gleichzeitig bleiben die Rentenbeiträge auch über 2020 hinaus stabil.

Also keine Rücknahme der Rente mit 63?

Ein Rentensystem braucht vor allem Stabilität und Verlässlichkeit. Das heißt auch, dass man manchmal Dinge so lassen muss, auch wenn man sie alleine anders entscheiden hätte. Die Rente mit 63 wird ja ohnehin schrittweise angehoben auf 65 Jahre.

Welches Gesetz aus der Zeit der Großen Koalition muss denn aus Ihrer Sicht im Sinne der Wirtschaft und Arbeitsplätze korrigiert werden?

Wir haben ein hervorragendes Regierungsprogramm von CDU und CSU, eine Fundgrube innovativer Ideen für unser

Land. Auch der Bayernplan der CSU steht dafür, dass wir den Aufwärtstrend für unser Land fortsetzen wollen. Was diesem Ziel widerspricht, muss auf den Prüfstand.

Mit dem Mindestlohn haben sich die meisten Unternehmen wohl abgefunden, nicht aber mit der Bürokratie, etwa bei Minijobs und der Auftraggeberhaftung. Die Union verspricht im Wahlprogramm Abhilfe. Was genau wollen Sie ändern und wie schnell geht das?

Die CSU sagt ganz klar: Der Bürokratiewust beim Mindestlohn ist nicht hinnehmbar. Wir wollen, dass Dokumentationspflichten so weit wie möglich abgeschafft werden. Die minutengenaue Auflistung der Arbeitszeit ist nicht praxistauglich. Wir müssen den Mindestlohn entbürokratisieren – und zwar schnell!

Unternehmen beklagen, dass das starre Arbeitszeitgesetz den heutigen Realitäten, aber auch den Interessen der Mitarbeiter mit Heimarbeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf gar nicht mehr entspricht. Die Union verspricht im Wahlprogramm aber nur Änderungen für tarifvertraglich gebundene Unternehmen. Das heißt, für die meisten Mittelständler und für alle Startups würden die starren alten Regeln weiter gelten. Warum das?

Die Tarifpartner haben hier eine ganz besondere Verantwortung, auch neue Lebenswirklichkeiten aufzunehmen. Klar ist: Die Arbeitszeitregelung muss – auch und gerade im Sinne der Beschäftigten und ihrer Familien – flexibilisiert werden. Die Menschen profitieren auch von mehr geeigneten Homeoffice-Arbeitsplätzen. Wir wollen überhaupt eine neue Kultur der Partnerschaft für die Arbeitszeitregelungen zwischen Beschäftigten und Betrieb mit praxisgerechten Lösungen für alle, gerade für Dienstleistungen, Gastronomie und kleinere Betriebe.

Die Änderung der Handwerksordnung 2004 hat dazu geführt, dass in den meisten der von der Meisterpflicht befreiten Berufe die Ausbildungsleistung weit überdurchschnittlich zurückgegangen ist. Die MIT kämpft daher für die Wiedereinführung der Meisterpflicht. Wie könnte man das umsetzen?

Der Meister ist ein einzigartiger Qualitätsnachweis, so wie auch unsere duale Berufsausbildung weltweit als Vorbild geschätzt wird. Wir wollen und müssen die Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung zum

Ausdruck bringen. Deshalb werden wir den Meisterbrief erhalten und prüfen, wie wir ihn für weitere Berufsbilder EU-konform einführen beziehungsweise wieder einführen können.

Die Union verspricht, die Bürger zu entlasten. Nun erwarten die Steuerschätzer für 2020 insgesamt 88 Milliarden Euro höhere Steuereinnahmen als in diesem Jahr, 2021 sogar 120 Milliarden. Warum geben Sie davon nur 15 Milliarden an die Steuerzahler zurück?

Wir stehen für eine Verlässlichkeit und Planbarkeit – und wir halten, was wir versprechen. Wir werden die Menschen wuchtig entlasten. Denn Sie müssen ja sehen, dass zu den 15 Milliarden Steuersenkungen auch Milliardenentlastungen durch einen höheren Kinderfreibetrag und mehr Kindergeld und eine Absenkung des Soli kommen. Gleichzeitig führen wir unsere Rekordinvestitionen fort. Und wir beginnen im Bund den Schuldenabbau. Wir stehen als CSU für diesen goldenen Dreiklang: Schulden abbauen, investieren, entlasten. Das ist übrigens auch Position unserer MU und der MIT. Und schließlich müssen wir auch gewappnet sein: Die riesigen Herausforderungen – Krisen, Terrorismus, Migration – können wieder ungeplante Kosten verursachen.

Beim Soli sind Sie aber sehr zaghaft. Es wurde immer gesagt, dass der Soli wegfällt, wenn der Solidarpakt Ost wegfällt, also Ende 2019. Warum wird dann der Soli nicht mit einem Schlag ganz abgeschafft?

Wir dürfen den Menschen nicht zu viel versprechen. Klar ist: Der Solidaritätszuschlag erfüllt 27 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr seinen Zweck. Deshalb werden wir den Soli in kräftigen Schritten abschaffen, komplett

Horst Seehofer (68) ist seit 2008 bayerischer Ministerpräsident und Vorsitzender der CSU. Zuvor war er 28 Jahre lang Bundestagsabgeordneter. Von 1992 bis 1998 war er Bundesminister für Gesundheit und von 2004 bis 2008 für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Der gebürtige Ingolstädter ist verheiratet und hat vier Kinder.



und für alle. Wir beginnen in der kommenden Wahlperiode mit einer Entlastung von rund vier Milliarden Euro, ab 2020 werden wir den Soli dann schrittweise auf Null reduzieren.

Auch für die MIT ist „Sicherheit als Standortfaktor“ ein wichtiges Thema. Im Leitantrags-Entwurf für den Bundesmittelstandstag fordert die MIT unter anderem, dass Gewalttäter in Deutschland nicht mehr so leicht mit Bewährungsstrafen davonkommen. Wären Sie dafür, dort den Ermessensspielraum der Gerichte etwas einzuschränken?

Sicherheit ist in der Tat der erste Standortfaktor. Keine andere politische Kraft kümmert sich mehr darum als die Union. Wir werden auch künftig alles dafür tun, damit unser Rechtsstaat wehrhaft bleibt. CDU und CSU sind die Parteien der inneren Sicherheit. An erster Stelle steht für mich der Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums unserer Bürger. Für uns geht da Opferschutz ganz klar vor Täterschutz. Auf Druck der CSU ist die Mindeststrafe beim Wohnungseinbruch jetzt auf ein Jahr erhöht worden. Auch Gewalttäter müssen die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.

Die MIT fordert in ihrem Leitantrag ebenso, dass die Bundespolizei zur Bekämpfung unerlaubter Einreise auch außerhalb der 30-Kilometer-Grenzregion an Hauptverkehrsrueten kontrollieren darf. Würden Sie das unterstützen?

Alle Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit und zur Bekämpfung illegaler Einreisen verdienen eine genaue Prüfung. Vor einer Ausweitung der Zuständigkeiten halte ich es aber für wichtig, dass die Bundespolizei zunächst ihren heute schon bestehenden Aufgaben vollumfänglich nachkommen kann. Ich darf insoweit etwa daran erinnern, dass die bayerische Polizei die Bundespolizei seit Dezember 2016 bei den Kontrollen an der Grenze zu Österreich unterstützt, damit das Kontrollnetz dort noch enger geknüpft werden kann.



„ Wir müssen wissen, wer sich bei uns aufhält. Dafür sind strikte Einreisekontrollen nötig.“

Was passiert eigentlich, wenn der Flüchtlingsstrom – zum Beispiel aus Italien – deutlich ansteigt und wieder Hunderte oder Tausende Migranten unkontrolliert über die deutsche Grenze kommen?

Unser gemeinsames Regierungsprogramm von CDU und CSU sagt ganz klar: Eine Situation wie im Jahr 2015 darf und wird sich nicht wiederholen.

Müssen wir dann – anders als 2015 – die Grenze sichern und Menschen am Übertritt hindern?

Wir wollen den Schutz der Außengrenzen der EU. Dabei müssen die betroffenen Länder mit Geld und Personal unterstützt werden. Solange der Schutz der EU-Außengrenzen nicht funktioniert, ist weiterhin die Kontrolle der deutschen Außengrenzen notwendig. Schon im Interesse unserer Bürger und unserer Sicherheit müssen wir wissen, wer sich bei uns aufhält. Dafür sind strikte und effektive Einreisekontrollen notwendig.

Kommen wir zur Bundestagswahl: Was wäre Ihre Wunschkoalition?

Wenn der Wähler es zulässt, habe ich eine klare Präferenz für Schwarz-Gelb.

Die schwarz-gelbe Koalition wird sogar von Unionsleuten als nicht besonders erfolgreich, die Zusammenarbeit mit der FDP zum Teil als unprofessionell angesehen. Warum sollte das beim nächsten Mal besser sein?

Die FDP ist kein einfacher Partner. Aber es ist in der Politik nicht verboten dazuzulernen.

Wenn es für Schwarz-Gelb nicht reicht, was wäre das kleinere Übel: Jamaika, also Schwarz-Gelb-Grün, oder nochmal eine Große Koalition?

Beides wäre schwierig. Deshalb kämpfen wir ja mit aller Kraft für eine maximal starke Union aus CDU und CSU. Je stärker wir werden, desto mehr Unionspolitik wird es nach der Wahl in Berlin geben.

Bitte vervollständigen Sie folgende Sätze: Wenn ich anstelle von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz wäre...

... dann würde ich mir wünschen, ich könnte CSU-Partei-vorsitzender und Ministerpräsident in Bayern sein.

... wenn Angela Merkel mich in zwei Jahren bitten würde, ob ich ihr Nachfolger werden könnte...“

... dann würde ich das ablehnen. Das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten ist das schönste Amt der Welt. ●



MIT DISKUTIERT LEITANTRAG UND GRUNDSATZPROGRAMM

Bundesmittelstandstag mit Merkel und Seehofer

Unter dem Motto „Mehr Markt Wirtschaft“ findet am 1. und 2. September der 13. Bundesmittelstandstag der MIT in Nürnberg statt. Kurz vor der Bundestagswahl am 24. September möchte die MIT den Anlass nutzen, um klare marktwirtschaftliche Positionen zu beziehen als Richtschnur für die anstehenden Koalitionsverhandlungen und die künftige Ausrichtung der Bundesregierung.

Der Bundesmittelstandstag hat dieses Jahr ein besonders spannendes Programm zu bieten. Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, wird zu den Delegierten und Gästen sprechen und ihren voraussichtlich letzten öffentlichen Auftritt vor dem TV-Duell der Kanzlerkandidaten auf dem Bundesmittelstandstag absolvieren. Außerdem werden der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer zu Gast sein sowie der bayerische Innenminister und CSU-Spitzenkandidat für die Bundes-

Joachim Herrmann,
bayerischer
Innenminister
und CSU-Spitzenkandidat



tagswahl, Joachim Herrmann. Freuen können sich die Delegierten und Gäste außerdem auf den Fränkischen Abend am Ende des ersten Kongresstages. Der bayerische Finanzminister Markus Söder wird zu Gast sein und den zünftigen Abend einleiten.



Markus Söder,
CSU, bayerischer
Finanzminister

Inhaltlich stehen besonders die Besprechung des Leitanspruchs und des Grundsatzprogramms der MIT auf dem Programm. Der Leitanspruch greift die sechs größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen aus MIT-Sicht auf. Kernpunkte des Antrags sind zum Beispiel die faire Besteuerung von Bürgern und Unternehmen mit erheblichen Steuerentlastungen und eine Modernisierung des Arbeitsmarkts. Auch „Sicherheit als Standortfaktor“ wird ein Schwerpunkt der Debatte sein. Daneben gibt sich die MIT in Nürnberg erstmals ein Grundsatzprogramm. Unter dem Titel „Der Kompass – Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“ nimmt es sich der grundlegenden Werte der MIT an. Auch die Satzung soll in einigen Punkten erneuert werden, um die MIT schlagkräftiger und effizienter aufzustellen und um die Außenwahrnehmung der MIT weiter zu verbessern. ●

REGIERUNGSBILANZ

Was haben CDU und CSU dem Mittelstand gebracht?

1 WELCHES SIND DIE TOP-3-ERFOLGE FÜR DEN MITTELSTAND/DIE WIRTSCHAFT AUS IHREM BEREICH IN DER NUN ABGELAUFENEN LEGISLATURPERIODE?

Wirtschaft und Energie: Es ist uns gelungen, die Kosten der Energiewende zu dämpfen. Wir haben die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von staatlich festgelegten Prämien weitgehend auf wettbewerbliche Ausschreibungsverfahren umgestellt. Außerdem haben wir den Ausbau der Windkraft auf See zeitlich gestreckt. Mit der beschlossenen Ausweitung der Absatzbarkeit geringwertiger Güter auf pauschal 800 Euro ab 1. Januar 2018 ersparen wir dem Mittelstand großen Aufwand in der Bürokratie. Nun können Anschaffungen schneller steuerlich geltend gemacht werden. Auch im Punkt Digitalisierung sind wir vorangekommen. Gerade in Gewerbegebieten werden nun verstärkt Glasfaserleitungen gelegt.

Arbeit und Soziales: Ziel der Arbeits- und Sozialpolitik der Union ist es, einen fairen Ausgleich zwischen den sozialen Belangen des Bürgers und den Erfordernissen einer leistungsfähigen Wirtschaft zu schaffen. In diesem Sinne ist

die Flexirente beispielsweise ein Erfolg für den Mittelstand. Besonders in Zeiten des Fachkräftemangels hilft sie, wichtige Arbeitskräfte in den Betrieben zu halten. Ein weiterer Erfolg ist das eingeführte „Sozialpartnermodell“ bei den Betriebsrenten auf der Basis von Tarifverträgen, von dem aber auch nicht tarifgebundene Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen profitieren sollen. Außerdem konnten wir das „Opting-Out-System“ einführen, das es Arbeitnehmern erlaubt, an einer Betriebsrentenregelung nicht teilzunehmen.

Finanzen: Wir haben auch für 2018 einen Haushaltsplan ohne neue Schulden vorgelegt – das vierte Jahr in Folge! Die schwarze Null ist für uns eine Frage der wirtschaftlichen Solidität, des Vertrauens, aber auch der Generationengerechtigkeit. Gleichzeitig investieren wir mehr in die Zukunft, im Bereich Infrastruktur und bei der Forschung und Entwicklung. Über eine massive Entlastung von Ländern und Kommunen haben wir auch dort erhebliche Investi-

tionsspielräume freigesetzt. Und das alles ohne neue Steuern und ohne höhere Steuern – im Übrigen gegen eine Parlamentsmehrheit links von der CDU/CSU. Außerdem haben wir seit 2016 die Wirkung der kalten Progression im Einkommensteuerrecht abgebaut, indem wir die Steuersätze jedes Jahr an die Inflationsrate anpassen, so dass Einkommenserhöhungen nicht überproportional wegbesteuert werden und die Steuerzahler ihre Netto-Kaufkraft beibehalten.

Recht und Verbraucherschutz: Mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Zahlungsverzug haben wir dafür gesorgt, dass mittelständische Unternehmen die ihnen zustehenden Zahlungen frühzeitig erhalten, und damit ihre Liquidität und Investitionsmöglichkeiten gestärkt. Wesentliches Element bei der Umsetzung in das deutsche Recht ist die Einführung gesetzlicher Vorgaben für die Vereinbarung von Zahlungs- und Abnahmefristen.

Wir haben zudem das Insolvenz-anfechtungsrecht reformiert und

Die Große Koalition war aus Sicht des Mittelstands eine nicht immer einfache Bundesregierung. Dennoch haben CDU und CSU eine Reihe wichtiger Erfolge gegen die SPD durchsetzen können. Das Mittelstandsmagazin hat sechs stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union nach ihren größten Erfolgen für den Mittelstand gefragt.

dadurch die Rechts- und Planungssicherheit für mittelständische Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen verbessert. Mit dem Gesetz haben wir den Praktiken mancher Insolvenzverwalter einen Riegel vorgeschoben, die Unternehmen mit fragwürdigen Rückforderungen aus zum Teil lange zurückliegenden Vorgängen konfrontiert haben. Zudem schützen wir künftig Handwerker und Bauunternehmer vor der Haftungsfalle, die bis dato beim Einbau eines unerkannt mangelhaften Produkts zuschnappen konnte.

Ernährung und Landwirtschaft: Wir haben vieles vorangebracht – vom praxistauglichen Düngepaket bis zur Kartellrechtsnovelle. Vor allem aber: Wir haben unseren Landwirten in schwerer Krise mit einem Hilfspaket von knapp 600 Millionen Euro und steuerlichen Erleichterungen zur Seite gestanden. Zweitens: Es wurde ein Bundeszentrum für Ernährung geschaffen entsprechend der Bedeutung der Branche und des Themas. Drittens: Wir haben den ländlichen Raum, unter anderem finanziell, wie durch die Erhöhung der Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, gestärkt und wieder ins Zentrum der Debatte gerückt.

Digitales: Der digitale Wandel eröffnet große Chancen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen diese aber auch nutzen. Daher hat die Bundesregierung mit der Digitalen Agenda 2014 – 2017 erstmals eine umfassende nationale Digitalisierungsstrategie vorgelegt. Seitdem haben wir viel erreicht: Gerade im Breitbandausbau, der IT-Sicherheit oder in der Gründungsförderung.

So war unser Ziel schnelles Internet für alle – überall: Über vier Milliarden Euro investieren wir in den Breitbandausbau; 350 Millionen allein für den Ausbau von Glasfaser in Gewerbegebieten. Mit dem IT-Sicherheitsgesetz haben wir unter anderem Mindeststandards für die IT-Sicherheit bei Betreibern kritischer Infrastrukturen eingeführt.

Und: Wir haben die Förderung von Startups und innovativen Unternehmen massiv verbessert. Ob High-Tech-Gründerfonds, INVEST- und EXIST-Programm, KfW-Förderung, ERP-Fonds oder insbesondere die Änderung bei der steuerlichen Behandlung von Verlustvorträgen, für die wir lange gekämpft haben – wir unterstützen Gründen und Wachsen.

Michael Fuchs,
Wirtschaft und Energie



Sabine Weiss,
Arbeit und Soziales



Ralph Brinkhaus,
Finanzen



Stephan Harbarth, Recht
und Verbraucherschutz



2 WELCHE MITTELSTANDS- BZW. WIRTSCHAFTS-RELEVANTEN PROJEKTE KONNTEN SIE ERFOLGREICH GEGENÜBER DER SPD VERHINDERN?



Wirtschaft und Energie: Die SPD wollte gemeinsam mit den Gewerkschaften in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Aufwandsentschädigung von Betriebsratsvertretern nach oben öffnen und von der Höhe der normalen Löhne in den Unternehmen entkoppeln. Diesen Schnellschuss haben wir abgewehrt.

Gitta Connemann, Ernährung und Landwirtschaft



Nadine Schön, Digitales



Arbeit und Soziales: Die SPD wollte im Rahmen des Teilzeitgesetzes die feste Möglichkeit zur Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit verankern. Eine für kleine Unternehmen schwer zu stemmende Forderung. Den Mindestlohn wollte die SPD flächendeckend und mit überbordender Bürokratie einführen. Die Bürokratie konnte dank CDU/CSU stark reduziert werden und es wurden sinnvolle Ausnahmen vom Mindestlohn zugelassen, um den Einstieg ins Arbeitsleben zu erleichtern.



Finanzen: Die Parteien links von der Union wollten den „Dreiklang“: Höhere Einkommensteuer, Wiedereinführung der Vermögensteuer, komplette Streichung der bisherigen betrieblichen Verschonungen bei der Erbschaftsteuer. Das haben wir verhindert. Diese Pläne hätten dem Wirtschaftsstandort Deutschland – insbesondere den Familienunternehmen im Mittelstand – sehr geschadet und für ein investitionsfeindliches Klima gesorgt. Die SPD wollte außerdem die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern begrenzen. Das hätte bedeutet, dass der Staat zukünftig darüber entschieden hätte, welche Betriebsausgaben gut – damit abzugsfähig – und welche schlecht – damit nicht abzugsfähig – sind.



Recht und Verbraucherschutz: Wir konnten den Entwurf für die zweite Stufe der Mietrechtsreform in einer modernisierungs- und sanierungsfeindlichen Fassung verhindern. Die Vorschläge der SPD haben aus unserer

Sicht völlig in die Irre geführt und waren für das Problem stark ansteigender Mieten in Ballungsräumen nur eine Scheinlösung. Bauen und Investitionen dürfen nicht zum Minusgeschäft werden, denn neue Wohnungen sind das beste Mittel, um den Anstieg von Mieten auszubremsen.

Darüber hinaus haben wir bei der Reform der Insolvenzanfechtung die Gleichbehandlung aller Gläubiger gegen den Wunsch der SPD, bestimmte Gläubigergruppen zu bevorzugen, behaupten können.



Ernährung und Landwirtschaft: Die abstrusen Gesetzgebungsvorhaben von Umweltministerin Barbara Hendricks – wie die wirtschafts- und landwirtschaftsfeindlichen Vorschläge des Klimaschutzplans und das Intensivtierhaltungsgesetz hätten langfristig zu einem Aus für die Tierhaltung in Deutschland geführt.

Im Ernährungsbereich haben wir ideologische Instrumente wie Lebensmittelpranger oder Hygieneampel verhindert. Diese helfen keinem – auch nicht den Verbrauchern. Komplexe Sachverhalte lassen sich nicht simplifizieren.



Digitales: Die Zusammenarbeit mit der SPD hat bei der Gesetzgebung der Digitalen Agenda in den letzten Jahren soweit ganz gut geklappt. Natürlich haben wir bei einzelnen Gesetzen um wichtige Details gerungen. Aber das ist im Gesetzgebungsprozess normal. Schließlich wollen wir alle – aus der jeweiligen Sicht – das Beste für Wirtschaft und Gesellschaft erreichen.

3

WELCHE MITTELSTANDS- BZW. WIRTSCHAFTSRELEVANTEN PROJEKTE HÄTTEN SIE GERNE NOCH DURCHGESETZT (WURDEN ABER VON DER SPD BLOCKIERT)?



Wirtschaft und Energie: Wir hätten uns gewünscht, dass die steuerlichen Aufbewahrungsfristen von Belegen verkürzt werden. Bei der Energiewende hätten wir noch schneller und ohne lange Übergangsfristen auf die bereits erwähnten Ausschreibungsverfahren umstellen müssen. Die SPD und die rot-grüne Ländermehrheit haben das verhindert und uns einen teuren Windkraftboom an Land eingehandelt, der zu wachsenden Netzengpässen in Norddeutschland führt. Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir eine steuerliche Förderung der Gebäudesanierung sowie von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen hinbekommen.



Arbeit und Soziales: Die vielen Förderprogramme für Arbeitslose der Bundesagentur für Arbeit hätten auf den Prüfstand gehört, um sie besser auf die wirklich nach Arbeit suchenden Menschen auszurichten. Im Rahmen des Tarifeinheitsgesetzes wäre es gut und im Interesse der Wirtschaft gewesen, in der Daseinsvorsorge (zum Beispiel im Verkehrswesen) Ankündigungspflichten zu verankern. Beides wollte die SPD nicht.



Finanzen: Viele! Gerade im steuerlichen Bereich hätten wir gerne mehr Bürokratie abgebaut. Das war mit einer auf Einnahmenmaximierung fixierten SPD nicht möglich. Ein gutes Beispiel dafür war das Gesetz zur Sicherheit von Registrierkassen. Wir hatten den Eindruck, dass die SPD die Steuerpflichtigen gerade im unternehmerischen Bereich weniger als Steuer-

bürger, sondern mehr als potenzielle Steuerverkürzer betrachtet hat. Wir hätten ohne die SPD zum Beispiel auch ein besseres, praktikableres Erbschaftsteuerrecht hinbekommen. In der Finanzmarktregulierung wollten wir zügiger evaluieren und Erleichterungen schaffen. Von der Haushaltsseite her war es schwierig, mit der SPD darüber zu verhandeln, den Anstieg der Sozialkosten zu stoppen. Die dringend gebotene Schuldentilgung war ebenso kaum verhandelbar.



Recht und Verbraucherschutz: Wir hätten gerne die zweite Stufe der Mietrechtsreform durchgeführt. Allerdings nicht nach den Maßstäben der SPD, die auf Gängelerei der Vermieter setzte und Maßnahmen, die dem Substanzerhalt sowie der Wertsteigerung von Gebäuden dienen, verhinderte. Unser Ziel ist und bleibt es, die Bedingungen für mehr bezahlbaren Wohnraum vor allem für Familien und Normalverdiener weiter zu verbessern. Das schaffen wir aber nur durch eine Belebung der Bautätigkeit. Während die SPD bei allen Vorhaben auf möglichst viel Berichtspflichten für Unternehmen und Betriebe setzt, ist außerdem unser Ziel, in der nächsten Wahlperiode die Deregulierung sowohl europäisch als auch national voranzutreiben. So setzen wir uns insbesondere auf europäischer Ebene für einen „Bürokratie-TÜV“ ein. Bürokratische Belastungen für mittelständische Unternehmen zu vermeiden, war und ist uns weiterhin ein besonderes Anliegen.



Ernährung und Landwirtschaft: Beim Hilfspaket für die Landwirtschaft wollten wir in Abstimmung mit dem Bundesfinanzministerium und unseren Finanzpolitikern zu stärkeren Steuererleichterungen kommen. Geplant war eine dauerhafte steuerliche Tarif- und Gewinnglättung über den Zeitraum von drei Jahren. So kann in guten Zeiten für schlechte Zeiten vorgesorgt werden. Wir wollten die Einführung eines befristeten Freibetrages für Gewinne, die in die Schuldentilgung fließen. Dieses hätte etlichen Betrieben geholfen. Beides war leider mit der SPD nicht zu machen.



Digitales: In der Tat gibt es im Koalitionsvertrag einen Punkt, den ich gerne in der abgelaufenen Legislaturperiode umgesetzt hätte. Eine „Gründerzeit“, analog zum Modell der Familienpflegezeit. Diese ist leider nicht gekommen, was ich persönlich sehr schade finde. Sie hätte Gründen aus der Beschäftigung auch für Arbeitnehmer ermöglicht. Dabei sollten sie weder auf ihr Einkommen verzichten, noch das Risiko eines Jobverlusts auf sich nehmen. Wie ich finde, eine tolle Sache, die wir nun in der nächsten Legislaturperiode angehen müssen. ●

Zum gemeinsamen Regierungsprogramm
von CDU und CSU:
www.cdu.de/regierungsprogramm

WAHLPROGRAMME IM VERGLEICH

Was Union und SPD unterscheidet

Vier Jahre lang haben CDU/CSU und SPD gemeinsam in einer Großen Koalition regiert. Nicht immer war klar, wo genau die Unterschiede zwischen den Parteien liegen. Beim Blick in die Programme zur Bundestagswahl am 24. September werden einige Gemeinsamkeiten und viele Gegensätze deutlich. Das Mittelstandsmagazin hat die wirtschaftspolitisch wichtigsten Themenbereiche ausgewählt und kritisch unter die Lupe genommen.

Steuern

CDU/CSU: Kein Anstieg der Steuerquote. Schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle ab 2020 (vier Milliarden Euro in nächster Legislaturperiode). Senkung der Einkommensteuer um 15 Milliarden Euro durch Abflachung des „Mittelstandsbauchs“, also niedrigere Steuersätze im unteren und mittleren Bereich. Spitzensteuersatz (42 Prozent) erst bei Einkommen ab 60.000 Euro. Individuelle Besteuerung statt pauschaler Abgeltungsteuer für Zinseinkünfte. Einführung Finanztransaktionssteuer. International abgestimmtes Handeln gegen Steuervermeidung und -betrug. Keine Verschlechterung für Familienbetriebe und Mittelstand bei der Erbschaftsteuer. Keine Wiedereinführung der Vermögensteuer. Vereinfachung von Steuererklärungen.

SPD: Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Einkommen bis 52.000 Euro (Ehepaare: 104.000 Euro) ab 2020 (keine Abschaffung bei Einkommen ab 52.000 Euro). Spitzensteuersatz (42 Prozent) erst bei Einkommen ab 60.000 Euro. Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent für Einkommen bis 76.200 Euro (152.400 Euro). Anhebung der Steuersätze zwischen 60.000 und 76.200 Euro. Fixe Reichensteuer (48 Prozent) auf Einkommen ab 250.000 Euro. Ersatz der pauschalen Abgeltungsteuer durch individuelle Besteuerung. Höhere Besteuerung von Erbschaften, weniger Ausnahmen. Einführung Finanztransaktionssteuer. Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro. Einheitliche europäische Körperschaftsteuer und Mindeststeuersätze. Telefonüberwachung zur Verfolgung von Steuerhinterziehung.

MIT:CHECK: Beide Seiten kündigen spürbare Steuersenkungen an. Aber: Während die Union alle Steuerzahler entlasten will, selektiert die SPD und kündigt Entlastungen nur für untere Einkommen an. Normal- und Besserverdiener sollen dagegen stärker belastet werden. Unter anderem mit der Abflachung des Mittelstandsbauchs und dem späteren Greifen des Spitzensteuersatzes greift die Union einige Forderungen der MIT auf. Insgesamt setzt die Union das richtige Signal an die gesellschaftliche Mitte: für niemanden Steuererhöhungen, stattdessen Entlastungen für alle Steuerzahler.

Familie

CDU/CSU: Anhebung Kinderfreibetrag auf Erwachseneniveau in zwei Stufen und Erhöhung des Kindergelds im ersten Schritt um monatlich 25 Euro je Kind. Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter. Höhere Steuerbefreiung für Arbeitgeber-Zuschüsse zu Betreuungskosten. Anspruch auf befristete Teilzeit in größeren Betrieben. Prüfung von Familien- oder Lebensarbeitszeitkonten. Einführung Baukindergeld (1200 Euro pro Kind und Jahr, zehn Jahre lang). Freibeträge bei Grunderwerbsteuer für erste selbstgenutzte Immobilie. Schaffung einer Anlauf- und Auskunftsstelle für alle Familienangelegenheiten. Kinderrechte ins Grundgesetz.

SPD: Schrittweise Abschaffung von Kita-Gebühren. Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. Staatliche Förderung von Eltern-Teilzeit. Gebührenfreie Ausbildung und Erststudium. Mehr BAföG-Leistungen. 300 Euro Familiengeld monatlich. Einführung „Familientarif“ mit Kinderbonus (150 Euro monatlich pro Kind) statt Ehegattensplitting. Zusammenfassung Kindergeld und Kinderzuschlag für Niedrigverdiener. Sozialabgaben-Entlastung Niedrigverdiener. Erhöhung Krankenkassen-Beiträge für Arbeitgeber.

MIT:CHECK: Sowohl CDU/CSU als auch SPD setzen in ihren Programmen auffallend stark auf Familien. Doch wieder selektiert die SPD, profitieren sollen nur Niedrigverdiener. Arbeitgeber werden mit höheren Krankenkassen-Beiträgen zusätzlich belastet. Mit der Anhebung des Kindergrundfreibetrags und des Kindergelds greift die Union auch in der Familienpolitik zwei zentrale MIT-Forderungen auf.



Arbeit

CDU/CSU: Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz zur Erleichterung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Verbesserung der Qualifizierung, Vermittlung und Re-Integration von Langzeitarbeitslosen und ihrer Kinder. Abbau von Mindestlohn-Bürokratie. Minijob soll an allgemeine Lohnsteigerung angepasst werden. Mehr Beteiligung von Mitarbeitern am Unternehmenserfolg. Mehr Flexibilität in Arbeitszeitrecht und Tarifverträgen. Verhindern von Missbrauch bei befristeten Arbeitsverhältnissen. „Masterplan Selbstständigkeit“ bis 2019 zur Beseitigung von Bürokratie- und Gründungshindernissen. Steuerliche Förderung von Wagniskapital für Startups. Stärkung der dualen Ausbildung. Einführung „Meisterbonus“. Erhalt des Meisterbriefs und Prüfung der Neu- und Wiedereinführung. Stärkung der Tarifautonomie, -partnerschaft und -bindung. „Nationale Weiterbildungsstrategie“ für lebenslanges Lernen.

SPD: Einwanderungsgesetz mit Punktesystem. Recht auf Weiterbildung für Arbeitslose. „Arbeitslosengeld Q“ während Qualifizierungsmaßnahme. Ausweitung des Arbeitslosengeldes. Staatliche Beschäftigung von Arbeitslosen in sozialem Arbeitsmarkt. Stärkung der dualen Ausbildung und des Meisterbriefs. Gebührenbefreiung von Techniker-, Meister- und Fachwirtkursen. Meisterbrief als Qualifikation zum Masterstudium. Mindestvergütung für Auszubildende. Ankündigungsfrist für Arbeitgeber bei Nicht-Übernahme von Auszubildenden. Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Gleiche Vergütung von Leiharbeitern und Stammbelegschaft. Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen. Weniger „Arbeiten auf Abruf“ und Minijobs. Recht auf Nicht-Erreichbarkeit. Keine Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose. Recht auf Rückkehr von Teil- in Vollzeit. Senkung des Schwellenwerts für paritätische Mitbestimmung auf 1000 Beschäftigte. Ausbildungsvergütung und Tarifvertrag für soziale Berufe.

MIT:CHECK: Mit dem „Arbeitslosengeld Q“ wird einmal mehr der ordnungspolitische Irrweg der SPD deutlich: Statt auf Wachstum und Beschäftigung zu setzen, dreht sie die Erfolge der Agenda 2010 durch kostspielige und weitgehend wirkungslose Maßnahmen zurück. Denn Arbeitsanreize würden damit gemindert und viele in die Langzeitarbeitslosigkeit oder Frühverrentung rutschen. Die SPD plant darüber hinaus deutlich mehr Regulierung des Arbeitsmarktes. Zaghafte Ankündigungen zu mehr Flexibilisierung bei der Arbeitszeit gibt es nur bei der Union, im Bayernplan der CSU übrigens noch deutlicher. Aus MIT-Sicht hätte die Union da ehrgeiziger sein können. Erfreulich ist, dass Union und SPD sich beide zum Erhalt des Meisterbriefs bekennen. Allerdings will nur die Union, wie von der MIT gefordert, die Wiedereinführung des Meisterbriefs prüfen.

Digitalisierung

CDU/CSU: Einführung eines Staatsministers für Digitalpolitik im Bundeskanzleramt, eines Kabinettsausschusses Digitalpolitik und eines Nationalen Digitalrates. Flächendeckender Glasfaserausbau (mit Anbindung von 5G-Basisstationen) bis 2025. Digitales Bürgerportal und -konto, um alle Verwaltungsdienstleistungen online erledigen zu können. Datengesetz soll Datenschutz und -zugang sowie Sicherheitsinteressen regeln. Förderung von Startups, u. a. durch bessere Gründungs- und Wachstumsfinanzierung und weniger Bürokratie.

SPD: Bessere Digitalisierungsausstattung von Hochschulen. Schaffung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes. Flächendeckender Glasfaserausbau (mit Anbindung von 5G-Basisstationen) bis 2025. Kostenfreie WLAN-Hotspots in allen öffentlichen Einrichtungen. Abbau von Hindernissen für grenzüberschreitendes digitales Wirtschaften.

MIT:CHECK: Das Unionsprogramm zur Digitalisierung setzt fast eins zu eins MIT-Forderungen um. CDU und CSU setzen sich damit besonders für junge Unternehmen und den Mittelstand ein. Mit dem digitalen Bürgerportal werden endlich die umständlichen Behördengänge entfallen und Daten müssen nicht mehr doppelt und dreifach angegeben werden. Auch für die SPD ist die Digitalisierung ein wichtiger Schwerpunkt, aber die Union geht hier schneller voran.

Innere Sicherheit

CDU/CSU: 15.000 neue Polizisten. Mehr Polizeipräsenz. Gemeinsames Musterpolizeigesetz für Bundesländer. Weiterentwicklung Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum. Mehr Videotechnik an Gefahrenorten. Bundeswehr bei besonderen Gefährdungslagen auch im Inland. Mindestspeicherfrist für Daten. Mehr Fahndungsdruck in Drogen- und Straßensriminalität. Nutzung von DNA-Spuren. Leichter Zugang der Sicherheitsbehörden zu Datenbanken. Investitionen in Cyber-Sicherheit. Bundesweite Schleierfahndung. Bekenntnis zum Bundesnachrichtendienst. Einführung Europäische Verteidigungsunion und -fonds. Besserer Informationsaustausch und Schutz von Außengrenzen (Stärkung Frontex). Weitere EU-Abkommen. Mehr Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber.

SPD: 15.000 neue Polizisten. Mehr Polizeipräsenz. Bessere Ausstattung Gerichte/Staatsanwaltschaften. Schnellere Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche. Weiterentwicklung Zoll zur Finanzpolizei des Bundes. Kein Bundeswehr-Einsatz im Inland. Vereinheitlichung Datensysteme der Sicherheitsbehörden. Mehr Kontrollen an Außengrenzen des Schengenraums. Aufbau EU-Staatsanwaltschaft und -Antiterrorzentrum. Schließung extremistischer Moscheen. Mehr Islamismus- und Rechtsextremismus-Prävention. Reform der Nachrichtendienste. Stärkung Bundeskriminalamt und Katastrophenschutz. Investitionen in Cyber-Sicherheit. Flexiblere Bußgelder für Unternehmen. Solidarische Verteilung von Flüchtlingen.

MIT:CHECK: Auf den ersten Blick gibt es viele Gemeinsamkeiten. Jedoch wird deutlich, dass die Sozialdemokraten stärker auf „präventive Maßnahmen und eine aktive Sozialpolitik“ setzen. Die Union wird hier konkreter und benennt etwa mit der Forderung, abgelehnte Asylbewerber „konsequent zurückzuführen“, Ross und Reiter. Positiv dagegen fällt bei der SPD die Ankündigung auf, extremistische islamistische Moscheen zu schließen und ihre Finanzierung zu unterbinden. Auffällig: Die SPD räumt der „Wirtschaftskriminalität“ ein eigenes Unterkapitel ein, inklusive Forderungen nach mehr Sanktionen, Strafverfahren und Hinweisgeber-Schutz.

Energie

CDU/CSU: Fortsetzung marktwirtschaftliche Systemintegration der erneuerbaren Stromerzeugung. Einheitliche Strompreiszone in Deutschland. Beschleunigter Netzausbau. Keine Nachteile für Grundstückseigentümer, Investitionen und Arbeitsplätze. Mehr Stromspeichertechnologie-Forschung. Deutschland als Standort für Batteriezellproduktion. Weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien (durch Sektorenkopplung). Ablehnung dirigistischer staatlicher Eingriffe im Klimaschutzplan.

SPD: Senkung CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent (Vergleich: 1990). Weiterentwicklung Klimaschutzplan 2050. Ausbau Windkraft (Off- und Onshore) und Solarenergie. Technologieoffene Gesetze und Forschung für neue Speicherlösungen (Sektorenkopplung). Unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking. Abschaffung EU-Förderung zum Bau neuer Kernkraftwerke. Förderung von Bürger-Energiegenossenschaften und Mieterstrommodellen.

MIT:CHECK: Beide Programme lassen leider mutige Reformansätze vermissen, die deutlich mehr Marktwirtschaft zur Folge hätten und konkret preisstabilisierend wirken. Sowohl Union und SPD belassen es bei dem allgemeinen Ziel einer sicheren, bezahlbaren und sauberen Energieversorgung. Hier hätte man sich vor allem von der Union mehr Klarheit gewünscht. Immerhin: Nur bei CDU und CSU gibt es ein Bekenntnis zu einer marktwirtschaftlicheren Behandlung der Erneuerbaren.



Legale Spielhallen

halten sich an die Regeln.

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst, darum halten wir uns an strenge Grundsätze, wie:

1. **Legal nicht egal:** In legalen Spielhallen gelten strenge Regeln zum Schutz der Spieler.
2. **Nur ab 18:** In legalen Spielhallen dürfen nur Erwachsene spielen.
3. **Kein Bier hier:** In legalen Spielhallen ist Alkohol verboten.
4. **Brief und Siegel:** Unsere Spielhallen werden regelmäßig vom TÜV INTERCERT Saar und TÜV Rheinland geprüft.

Weitere Informationen zum verantwortlichen Automatenspiel auf automatenwirtschaft.de

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

**KEIN SPIEL
OHNE REGELN**

INTERVIEW MIT MARKUS PIEPER

Sozialpolitik muss Aufgabe der Mitgliedsstaaten bleiben

Markus Pieper ist neuer Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand der EVP-Fraktion. Mit ihm sprach Mittelstandsmagazin-Redakteurin Katharina-Luise Kittler über die anstehenden Bundestagswahlen und seinen ehemaligen Abgeordnetenkollegen, SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz.

Herr Pieper, falls Martin Schulz künftig in der Bundespolitik etwas zu sagen hat, womit hätten wir zu rechnen?

Markus Pieper: Auf jeden Fall mit einer stärker zentralisierten, europäischen Sozial- und Steuerpolitik. Dafür hat er schon in Brüssel gekämpft. Er wollte Mindestlöhne auf EU-Ebene und auch eine europäische Arbeitslosenversicherung durchsetzen. Deutsche Arbeitnehmer würden dann für die hohe Arbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien zahlen. Martin Schulz ist derjenige, der im Schuldenstreit die „Solidarität“ der Nettozahler ohne vorherige Reformen der Schuldenstaaten erzwingen wollte. In Brüssel musste er deshalb gehen, weil ihn keine Fraktion, nicht einmal mehr die eigene, geschlossen für eine weitere Amtszeit zum Parlamentspräsidenten wollte. Zu dreist war die Show in eigener Sache ohne Rückkopplung zu Parlamentsmehrheiten.

Martin Schulz war lange Zeit Abgeordneter im EU-Parlament und Parlamentspräsident. Diese Erfah-

rungen sind doch eigentlich hilfreich. Wie würde er so künftig Bundespolitik machen?

Subsidiarität und nationale Eigenverantwortung sucht man in seiner praktizierten Europapolitik leider vergeblich. SPD-Europapolitik ist somit kurzfristig gut für Griechenland und Italien, aber schlecht für Deutschland und andere Nettozahler. Wenn Schulz an der Kanzler-Macht wäre, würde er vermutlich wieder europäischen Superman spielen. Die Zukunft Europas heißt für die Genossen, mit den Einlagen kleiner Sparer marode Großbanken zu retten. Martin Schulz hat maßgeblich auf eine europä-

ische Einlagensicherung hingewirkt. Die Sozialdemokraten kritisieren die private Säule des deutschen Rentensystems und sind hier europäischen Vorgaben zugeneigt. Und Vertiefung der Eurozone heißt in konkreter europäischer SPD-Politik natürlich eine Vergemeinschaftung der Schulden durch Altschuldentilgungsfonds und gemeinsame europäische Staatsanleihen. Mit einem Kanzler Schulz kämen wir einem europäischen Superstaat näher.

Was können die Wähler denn von einer CDU-geführten Bundesregierung in Sachen Europapolitik

Markus Pieper ist seit 2004 Abgeordneter im Europäischen Parlament. Er arbeitet im Verkehrsausschuss und ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Der promovierte Geograph kommt aus dem Münsterland und war vor seiner Wahl ins Europäische Parlament Geschäftsführer der IHK Osnabrück-Emsland.





In seiner parlamentarischen Arbeit in Brüssel kämpft Markus Pieper für die Interessen des Mittelstands. Pieper setzt sich für die Stabilität des Euros, Datenschutz, Produktsicherheit und viele andere Themen ein, die den deutschen Mittelstand auf EU-Ebene betreffen.

erwarten? Besonders im Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen, die sich wieder zu beleben scheinen? Der französische Präsident schlägt unter anderem ein Eurozonen-Budget und einen Europäischen Finanzminister vor.

Natürlich wird es für die Stabilisierung der Eurozone weitere deutsche Beiträge geben müssen. Eine Merkel-Regierung wird jedoch zu diesem Zweck keine nationale Selbstaufgabe zulassen, sondern die deutsch-französische Zusammenarbeit für Kompromisse nutzen, mit denen alle – und nicht nur die Nettozahler – zur nachhaltigen Integration der EU beitragen. Die Sozial- und Wirtschaftsreformen in den Nationalstaaten sind dabei eine Grundvoraussetzung. Und es wird mit Angela Merkel eben keine Trennung von Verantwortung und Haftung durch finanzielle Transfermechanismen wie Eurobonds oder vergemein-

schaftete Sozialsysteme geben. Diese Vereinigten Staaten von Europa sind für uns Mittelstandspolitiker ohnehin mehr Horror als Vision.

Worin sehen Sie denn konkret die europapolitischen Schwerpunkte der CDU für die kommende Legislaturperiode?

Ganz klar in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Die müssen wir stärken, indem wir uns für sichere Außengrenzen, nachhaltige Entwicklungshilfe und endlich europäische Lösungen in der Flüchtlingskrise mit Nachdruck stark machen. Außerdem bleibt unserem Verständnis nach Sozialpolitik im wesentlichen Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Nationale Politik ist näher dran an den Problemen der Menschen. Dieses Sozialstaatsprinzip ist in den nationalen Verfassungen, auch im deutschen Grundgesetz, verankert. Damit daran weder Brüssel noch ein

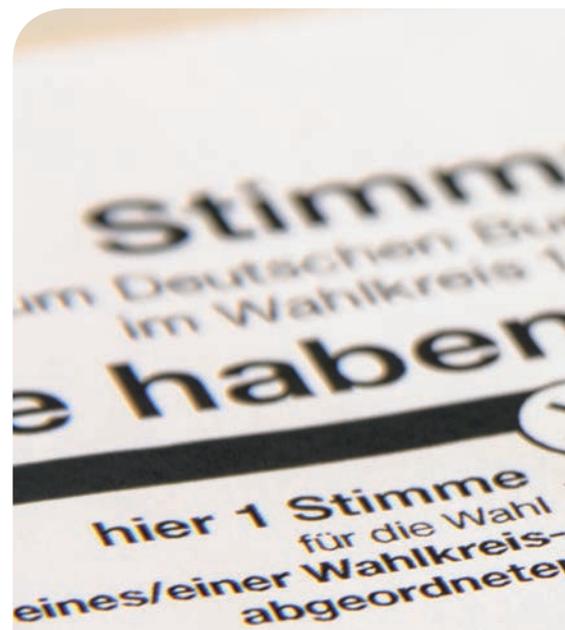
rotes Berlin rütteln, braucht es eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung.

Und für welche politischen Inhalte kämpft die CDU/CSU-geführte Gruppe im Europäischen Parlament in den nächsten Jahren?

Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik. Das ist unsere Devise im Europäischen Parlament. Deswegen wollen wir ein wehrhaftes Europa, das auch in globalen Handelsfragen mithält. Wir wollen den Binnenmarkt und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft stärken. Dazu gehören Investitionen in die Digitalisierung, ein Schengen-Raum ohne Handelsbarrieren und eine Klima- und Energiepolitik, die mit der Industrie und nicht gegen sie gestaltet wird. Berücksichtigen wir all dies, wird sich das Wachstum verstärken. Es entstehen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Damit finanzieren sich soziale Errungenschaften in allen EU-Ländern. ●

WAHL-LEXIKON

Begriffe zur Bundestagswahl



? 18-Uhr Prognose/ Hochrechnungen

Direkt nach Schließung der Wahllokale um 18 Uhr veröffentlichen ARD und ZDF eine Prognose, die noch keine Hochrechnung ist. Diese beruht auf den Ergebnissen der Befragung von nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Wählern nach dem Verlassen des ebenfalls zufällig ausgewählten Wahllokals. Die Befragung wird während des gesamten Wahltages durchgeführt. Im Gegensatz zur 18-Uhr-Prognose basieren die im späteren Verlauf des Wahlabends veröffentlichten Hochrechnungen auf amtlichen Auszählungen in zufällig ausgewählten Stimmbezirken. Je später der Abend, umso mehr Teilergebnisse stehen zur Verfügung und umso genauer kann das Wahlergebnis hochgerechnet werden.

? Bundeswahlleiter

Der Bundesinnenminister ernennt den Bundeswahlleiter auf unbestimmte Zeit. Traditionell nimmt der jeweilige Präsident des Statistischen Bundesamtes diese Aufgabe wahr. Der Bundeswahlleiter sorgt für den reibungslosen Ablauf der Wahl, klärt den Ablauf und rechtliche Fragen und verkündet nach Auszählung aller Stimmen

das amtliche Wahlergebnis. In seine Zuständigkeit fallen alle Wahlen auf Bundesebene. Dazu zählen neben den Bundestags- auch die Europawahlen. Die Aufgaben des von der Politik unabhängigen Bundeswahlleiters sind im Bundeswahlgesetz geregelt. So bildet er zudem den Bundeswahlausschuss, dessen Vorsitzender er kraft Gesetzes ist. Hierfür beruft er acht von den Parteien vorgeschlagene Wahlberechtigte als Beisitzer sowie zwei Richter des Bundesverwaltungsgerichts. Der Bundeswahlausschuss entscheidet auch über die Anerkennung von Parteien zur Wahl.

? Direktmandat

Von den mindestens 598 Bundestagsmandaten werden 299 direkt in den Wahlkreisen vergeben. Hier erhält derjenige Kandidat das sogenannte Direktmandat, der die meisten Erststimmen der Wähler in seinem Wahlkreis auf sich vereinigen kann. Weitere 299 Abgeordnete ziehen über die Landeslisten ihrer jeweiligen Partei – das sogenannte Listenmandat – in den Bundestag ein.

? Erststimme/Zweitstimme

Jeder Wähler hat bei der Bundestags-

wahl zwei Stimmen. Mit der Erststimme wird die Direktwahl getroffen (→ Direktmandat). Die Zweitstimme entscheidet über die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag, also darüber, wie viele Sitze jeweils einer Partei im Bundestag zustehen (→ Überhangmandate). Die Zweitstimme ist damit die wichtigere Stimme.

? Konstituierende Sitzung

Der Begriff „konstituieren“ kommt vom lateinischen „constituere“ und bedeutet „feststellen“, „errichten“ oder „beschließen“. Nach der Bundestagswahl kommen die Abgeordneten in der ersten, der konstituierenden Sitzung des Parlaments zusammen. Sie wählen den Bundestagspräsidenten, dessen Stellvertreter und die Schriftführer. Außerdem wird die Geschäftsordnung beschlossen. Spätestens 30 Tage nach der Wahl muss der neu gewählte Bundestag zur konstituierenden Sitzung zusammenkommen. Damit endet die Wahlperiode des vorangegangenen Bundestages.

? Reihenfolge der Parteien auf dem Wahlzettel

Inhalt und Aufbau der Stimmzettel sind in Paragraph 30 des Bundeswahl-



Einfach wählen

Rechtzeitig zur Bundestagswahl 2017 erklärt die MIT alle relevanten begriffe rund um dieses wichtige Ereignis. Damit auch Sie einfach wählen können.

gesetzes festgelegt. Danach werden auf dem Stimmzettel in der linken Spalte – für die Wahl mit der → Erststimme – die Direktkandidaten und in der rechten Spalte – für die Wahl mit der Zweitstimme – die Landeslisten der Parteien aufgeführt. Die Reihenfolge bestimmt sich zunächst nach den Parteien, die mit Landeslisten antreten. Ihre Reihenfolge in der rechten Spalte des Stimmzettels richtet sich nach der Zahl der Zweitstimmen, die die einzelnen Parteien bei der letzten Bundestagswahl in dem jeweiligen Bundesland erzielt haben. Die übrigen Parteien sind in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet. Somit ist die Reihenfolge der Parteien auf den Stimmzetteln innerhalb jedes Bundeslandes einheitlich.

? TV-Duell

Immer wieder ein Höhepunkt im Bundestagswahlkampf: das TV-Duell zwischen den Spitzenkandidaten ums Kanzleramt. Das erste „echte“ Kanzlerduell fand vor der Bundestagswahl 2002 statt, zwischen Amtsinhaber Gerhard Schröder und seinem Herausforderer Edmund Stoiber. Danach stellte sich jeweils die CDU-Vorsitzende Angela Merkel dem jeweiligen SPD-Kandidaten, zunächst als Kandi-

datin (2005), danach als Bundeskanzlerin. In diesem Jahr wird das Fernseh-Duell zwischen ihr und Martin Schulz am 3. September ausgefochten – vier Sender übertragen gleichzeitig den Schlagabtausch. Die Themen geben die Moderatoren vor. Die beiden Moderatorenpaare werden in diesem Jahr von Maybrit Illner (ZDF) und Peter Kloeppel (RTL) sowie Sandra Maischberger (ARD) und Claus Strunz (ProSieben/Sat.1) gebildet.

? Überhangmandate

Erhält eine Partei bei Bundestagswahlen mehr Direktmandate über die Erststimme als ihr gemäß der Zweitstimme zustehen, dann erweitert sich der Bundestag über die vorgesehene Zahl von 598 Mandaten hinaus. Dadurch, dass die Partei mehr Mitglieder ins Parlament schicken kann als ihr anteilmäßig zustehen (Anteil der Zweitstimmen), entsteht eine Unverhältnismäßigkeit gegenüber den anderen Parteien, die keine oder weniger Überhangmandate haben. Um den Proporz zu wahren, erhalten die „benachteiligten“ Parteien seit Änderung des Wahlrechts im Jahr 2013 sogenannte Ausgleichsmandate. Die Gesamtzahl der Sitze im Bundestag wird so lange ver-

größert, bis alle Überhangmandate ausgeglichen sind und so die Überhangmandate für eine Partei keinen relativen Vorteil mehr darstellen.

? Wahlkreise

Genau 299 Wahlkreise gibt es in Deutschland. Ihre Grenzen regelt das Bundeswahlgesetz, diese werden von einer Wahlkommission, die unter anderem aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamts und einem Bundesverwaltungsrichter besteht, regelmäßig überprüft. In jedem Wahlkreis leben etwa 250.000 Wahlberechtigte. Sollte die durchschnittliche Bevölkerungszahl um mehr als ein Viertel abweichen, ist eine Neueinteilung der Wahlkreise notwendig. Grund: das Prinzip der Gleichheit der Wahl (jede Stimme soll das gleiche „Gewicht“ haben). Dieser Wahlgrundsatz erfordert, dass alle Wahlkreise eine ähnliche Anzahl von Wahlberechtigten enthalten. Um das Wählen einfacher zu gestalten, sind Wahlkreise noch einmal in Wahlbezirke, auch als Stimmbezirke bezeichnet, unterteilt.



Claudia B. Oberholz
Freie Mitarbeiterin
redaktion@mit-bund.de



MEHRWEG VERSUS EINWEG

Krieg der Pfandflaschen

Grüne Politiker und Umweltaktivisten kämpfen seit Jahren für das Mehrwegsystem in der Getränkeverpackung. Dabei stützen sie sich auf Ökobilanzen, die längst veraltet sind. Denn Dose und Plastikflasche werden nicht nur immer beliebter, sondern sind auch umweltfreundlicher, als ihre Gegner behaupten.

Mehrwegflaschen umweltfreundlicher als Einweg? Frauke Helf, Chefin der Rhodius Mineralquellen, kann diese Diskussion nicht mehr hören. Im Lager stapeln sich meterhohe Paletten mit Leergut aus Glasflaschen. Getränkegroßhändler bringen die Kästen zurück, damit sie neu mit Mineralwasser befüllt werden können. Aber nicht auf allen Glasflaschen findet die Unternehmerin ihr Etikett „Rhodius“. Denn die Lastwagen bringen auch fremde Flaschen zurück, die Frauke Helfs Mitarbeiter nicht wieder befüllen können. Hunderte jeden Tag. Rhodius könnte die vielen Individualflaschen sammeln und sie dann zu den jeweiligen Herstellern zurückbringen. „Das können wir nicht leisten“, sagt Frauke Helf. Der mittelständische Betrieb habe nicht die Kapazitäten, die Fremdflaschen zu sammeln, zu sortieren und

mehrere hundert Kilometer durch die Republik zurück zum Hersteller zu fahren. „Regional hat Mehrweg sicherlich viele Vorteile, aber national sieht das ganz anders aus“, so Helf. Und so landen viele Mehrwegflaschen im Altglasrecycling. Genau das zeigt auf, an welchen Stellen es im Mehrwegsystem besonders hakt.

Trotzdem streiten sich Umweltverbände nach wie vor mit der Industrie. Die Umweltlobbyisten verlangen, dass die Getränkehersteller ihre Produkte in Mehrwegflaschen verkaufen. Vehe ment fordern sie die Abschaffung von Einweg, das umweltschädlich sei und mittelständische Unternehmen benachteiligen würde. Doch das Image „Dose schlecht, Mehrwegflasche gut“ ist längst überholt. Mit der Einführung des Einwegpfandes vor 14 Jahren wollte der damalige Grünen-Bundesumweltminister Jürgen Trittin dafür sorgen,

dass Einwegverpackungen unattraktiver werden und sich der Anteil der Mehrwegverpackungen wieder erhöht. Doch das Gegenteil passierte: Weil Verbraucher nun für Mehrweg und Einweg Pfand zahlten, war der Unterschied für viele nicht mehr erkennbar. Zugleich etablierte sich ein gut funktionierendes Rücknahmesystem. Laut einer Analyse der Unternehmensberatung PwC von Mehrweg- und Recyclingsystemen bringen die Verbraucher die bepfandeten Kunststoffflaschen und Dosen zu 98,5 Prozent zurück in den Supermarkt oder Discounter, so dass so gut wie kein Müll mehr durch diese Verpackungen entsteht. Zugleich sind Einwegverpackungen insgesamt leichter geworden, und das Recycling klappt: Das Metall der eingesammelten Dosen wird zu 100 Prozent wiederverwertet. Bei den Ökobilanzen kann Einweg also aufholen.

Bei Rhodius werden neben Einweg- und Mehrwegflaschen auch Dosen abgefüllt

Transportwege für Mehrweg verhalten Ökobilanz

Auch die Trinkgewohnheiten der Deutschen haben sich in den letzten 20 Jahren verändert. Wenn der Opa früher noch das Bier aus der im Ort ansässigen Brauerei trank, kauft sich sein Enkel heute das Bier, das er im Werbevideo im Netz sieht. Die Transportwege zwischen Hersteller, Großhändler, Händler und Kunde sind deshalb deutlich länger geworden. Die Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) hat 2011 ausgerechnet, dass Lieferwege für Bier von mehr als 400 Kilometer auf der Tagesordnung für große Brauereien stehen. Im Durchschnitt würden Abfüllort und Verbraucher 216 Kilometer voneinander trennen. „Die Transportentfernungen haben einen wesentlichen Einfluss auf die ökologische Bewertung der Verpackungen“, sagt die Bundestagsabgeordnete Marie-Luise Dött, Mitglied im MIT-Bundesvorstand und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Die Transportwege bei Mehrweg haben durch die vielen verschiedenen Flaschentypen in den vergangenen Jahren zugenommen und das verhält sich dann die Ökobilanz“, sagt Dött. Ganz früher gab es für Bier und Mineralwasser nur jeweils ein Verpackungssystem. Dieses System wurde von fast allen Getränkeherstellern genutzt, war also austauschbar. Lediglich die Etiketten waren unterschiedlich.

Heute sind rund 1500 Individualflaschen auf dem Markt. Besonders in der Bierindustrie ist den großen Marken ihr Wiedererkennungswert wichtig. Hasseröder verkauft sein Bier in einem sechseckigen Flaschenhals, Bitburger und Veltins lassen ihre Namen auf die Flasche prägen. So wollen sie sich von der Konkurrenz abheben und ihre Produkte individuell vermarkten. Bei Mehrwegflaschen aus der jeweiligen Region, die dann als Leergut zurückgebracht werden, sei das kein Problem, sagt Dött: „Da sieht die Bilanz naturgemäß besser aus.“ Besonders Umweltlobbyisten

werben neben der Regionalität damit, dass Mehrwegflaschen bis zu 70 Mal wieder befüllt werden können. Doch auch das hat sich in den letzten Jahren verändert. Eine Studie der Unternehmensberatung Deloitte von 2013, die im Auftrag von der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie und dem Handelsverband Deutschland in den Abfüllbetrieben vor Ort erstmals breitflächig angefertigt wurde, zeigt, dass zum Beispiel individuelle Bier-Mehrwegflaschen im Durchschnitt nur viermal wieder befüllt werden, wenn kein Tauschgeschäft stattfindet. Nimmt man dagegen an, dass ein Tauschgeschäft zu 100 Prozent stattfindet, was – siehe Rhodius – nicht passiert, können nur 23 Umläufe erreicht werden. Die tatsächliche Zahl der Wiederbefüllungen liegt irgendwo zwischen vier und 23 Umläufen und damit weit unter der von Umweltaktivisten genannten Zahl von 70 Befüllungen.

Einweg wichtiges Standbein für den Mittelstand

Mehrweg ist schon lange nicht mehr das einzige Standbein von mittelständischen Getränkeherstellern. Bei einer aktuellen Mehrweg-Quote von 45,5 Prozent haben die Hersteller auf die veränderten Bedürfnisse der Verbraucher in den letzten Jahren reagiert und auch auf Einweg gesetzt. „Nur mit Mehrweg könnten wir unser



Frauke Helf von Rhodius Mineralquellen setzt sich für beide Verpackungssysteme ein. Der Betrieb laufe nur mit Mehrweg und Einweg.



Franz Egerer füllt nicht nur eigene Getränke in seiner Brauerei ab. Er bietet auch kleineren Unternehmen die Abfüllung an.

Unternehmen nicht so erfolgreich führen“, sagt Frauke Helf von Rhodius. Seit neun Jahren arbeitet sie im Betrieb, der seit Jahrzehnten familiengeführt ist. Im Juli 2017 übernahm sie die Geschäftsführung, die sie sich unter anderem mit ihrem Bruder Hannes Tack teilt. „Wir wollen das auf den Markt bringen, was der Verbraucher sich wünscht“, sagt Helf. Der Konsument solle darüber entscheiden, welches Produkt er kaufen möchte. Denn Einweg hat viele Vorteile: Statt einen rund 20 Kilogramm schweren Kasten Mineralwasser nach Hause zu schleppen, greifen viele Konsumenten auf die deutlich leichteren PET-Sixpacks zurück, die in der Regel nur sieben Kilogramm wiegen. Und auch für unterwegs greifen viele zur PET-Flasche oder Dose, da sie handlicher, stabiler und einfacher zu transportieren sind.

Auch die Produktvielfalt ist in der Getränkeindustrie entscheidend. Denn junge Unternehmen und Startups haben meist nicht das Geld, ihre neuen Getränke in Glasflaschen abfüllen zu lassen. „Sie kommen dann zu Betrieben wie uns und lassen ihr Produkt in der Dose abfüllen. Das spart Startkosten und kann vor allem sofort in ganz Deutschland ausgeliefert werden“, sagt Frauke Helf. Das meint auch Wolfgang Burgard, Geschäftsführer beim Bund Getränkeverpackungen der Zukunft (BGVZ): „Die Produktvielfalt ist Teil der Sozialen Marktwirtschaft, deshalb haben Einweg und Mehrweg beide ihre Daseinsberechtigung.“ Niemand dürfe den Verbrauchern die Entscheidungsfreiheit wegnehmen. Die Politik solle Rahmenbedingungen schaffen, wie zum Beispiel ambitionierte Recyclingquoten, um Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen.

Neues Verpackungsgesetz ab 2019

Ab 2019 tritt dennoch ein neues Verpackungsgesetz in Kraft, in dem die Große Koalition eine Zielquote für Mehrweg in Höhe von 70 Prozent festgelegt hat, allerdings ohne Rechtsfol-



Nicht nur die eigenen Glasflaschen mit dem Rhodius-Etikett werden zurück nach Burgbrohl gebracht. Frauke Helfs Mitarbeiter müssen die Fremdflaschen vor der neuen Abfüllung aussortieren.

gen. Getränkehersteller wie Rhodius Mineralquellen kritisieren die Quote trotzdem als das falsche Signal. Sie sind fest davon überzeugt, dass sie nicht erreicht werden wird. Auch die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisiert die Quote, aber aus einer anderen Richtung. Sie wünscht sich mehr Verbindlichkeit im Gesetz: „Wir fordern Konsequenzen, wenn die Quote nicht eingehalten wird“, sagt Thomas Fischer, Leiter der Abteilung Kreislaufwirtschaft bei der DUH. „Die Mehrwegquote muss gesteigert werden, wenn die Bundesregierung es ernst mit der Erreichung der gesetzten Klimaschutzziele meint.“ Damit Hersteller die Quote einhalten, fordert die DUH eine von ihr so genannte „Klimaschutzabgabe“ auf Einwegverpackungen von 20 Cent, zusätzlich zum Pfand. Das soll vor allem einen ökonomischen Anreiz für die großen Discounter setzen, die teilweise gar kein Mehrweg mehr in ihren Filialen verkaufen. Diese Abgabe soll sich dann im Produktpreis niederschlagen und trifft somit den Verbraucher.

Bei der Union trifft die DUH damit auf Widerstand: „Ich werde keinem Hersteller oder Abfüller vorschreiben, welche Flasche er benutzen soll“, sagt die CDU-Umweltpolitikerin Marie-Luise Dött. „Das ist nicht Aufgabe von Politik, so wie ich sie verstehe“. Wichtig sei ein politischer Rahmen, der die Entwicklung in die ökologisch beste Richtung leite. Und das könne erst diskutiert werden, wenn aktuelle Öko-

bilanzen vorlägen. Denn Verbände wie die DUH argumentieren mit Fakten aus Ökobilanzen, die längst veraltet sind. Deshalb erarbeitet das Umweltbundesamt derzeit eine neue Bilanz, die Aufschluss darüber geben soll, wie ökologisch sinnvoll Mehrweg tatsächlich noch ist. Dabei ist sich Franz Egerer, Geschäftsführer der bayerischen Brauerei Egerer, sicher, dass Einweg ökologisch aufgeholt hat. Der Mittelständler füllt neben Mehrwegflaschen auch Dosen ab. Er ärgert sich, dass Umweltaktivisten versuchen, ihm dieses Standbein wegzunehmen. „Das ist Planwirtschaft für mich“, sagt der Unternehmer, der die 100 Jahre alte Brauerei in vierter Generation führt. Ohne die Dose könne er viele Produkte nicht mehr anbieten, unter anderem die Lohnabfüllung für kleinere Hersteller. Erst diesen Sommer wandte sich ein Mittelständler an ihn, damit Egerer für ihn ein spezielles Festival-Bier abfüllt.

Einweg lohnt sich also nicht nur für die großen Getränkekonzerne. „Eine Zwangsabgabe auf die Dose wäre für uns eine Katastrophe“, sagt Egerer. Er fordert, dass Entscheidungen nur auf Grundlage neuer Ökobilanzen getroffen werden. Für ihn gilt genauso wie für Frauke Helf von Rhodius: Wenn die Einweg-Produktion durch eine Zwangsabgabe heruntergefahren werden müsste, wäre das investierte Geld in neue Abfüllanlagen verloren. „Das würde uns bis ins Mark treffen“, so Helf. Und der Umwelt, da ist sie sich sicher, würde das gar nichts bringen. ●



Katharina-Luise Kittler
Redakteurin
kittler@mit-bund.de
twitter.com/k_luise

Das leisten wir für die deutsche Wirtschaft

Der BAP. Der Verband der Personaldienstleister.

Die Leistungen der Branche

- Wir sind eines der wichtigsten Flexibilisierungsinstrumente für die deutschen Unternehmen.
- Wir unterstützen die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
- Wir sind ein wichtiger Baustein im Strategiefüge besonders erfolgreicher Unternehmen.
- Wir tragen deshalb mit dazu bei, dass sich die deutsche Wirtschaft in Zeiten der Globalisierung international erfolgreich behaupten kann.



Bundesarbeitgeberverband
der Personaldienstleister



Universitätsstraße 2–3a
10117 Berlin
Telefon 030 206098-0
Fax 030 206098-70
info@personaldienstleister.de
www.personaldienstleister.de

PRO & CONTRA

Brauchen wir mehr staatliche Regulierung unserer Lebensmittel?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.



Dietrich Monstadt (59) ist Rechtsanwalt und Seniorpartner einer Rechtsanwaltskanzlei und seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der Unionsfraktion und Landesvorsitzender der MIT Mecklenburg-Vorpommern.

Gesundheitsschutz ist ein Teil der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft ist für uns als Union und MIT zentraler Bestandteil unserer politischen DNA. Gerade deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass wir staatliche Vorgaben für gesündere Lebensmittel dringend brauchen.

Hier geht es nicht um einen grünen Zeigefinger, sondern um die politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft im besten Wortsinn. Die Faktenlage ist denkbar einfach: Über 50 Prozent der Deutschen sind übergewichtig. An Adipositas, also einer krankhaften Fettleibigkeit, leidet etwa jeder Vierte. Hinzu kommen etwa zehn Millionen Menschen, die an Diabetes erkrankt sind. Unstreitig steigen diese Zahlen seit Jahren dramatisch – gerade auch bei Kindern und Jugendlichen. Allein mit Blick auf Adipositas lagen die Krankheitskosten im Jahr 2003 bei etwa 13 Milliarden Euro. Aktuelle Berechnungen gehen von einer Verdoppelung auf 26 Milliarden Euro bis 2020 aus. Angesichts dieser Dimensionen spreche ich oft von einem gesundheitspolitischen

Tsunami, den wir sehenden Auges auf uns zurollen lassen. Im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft müssen wir daher dringend handeln. Auch mit Blick auf den zunehmenden Fachkräftemangel müssen wir alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um die Gesundheit eines jeden Einzelnen zu schützen.

Individuelles Wohlbefinden und der Erhalt der Arbeitskraft sind dabei zwei Seiten ein und derselben Medaille. Gerade stark betroffene Gruppen können wir mit warmen Worten kaum erreichen. Wir alle kennen Selbstverpflichtungen. Sie sind zu langsam.

Sie gehen oft nicht weit genug. Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz – und zwar schnell. Wir brauchen mehr Bewegung und eine gesündere Ernährung. Wir brauchen mehr Prävention anstatt Behandlung. Schadet es dem Wettbewerb, wenn alle Fertiggippen etwas weniger Zucker beinhalten? Oder schadet es unserer Wirtschaft, wenn wir es nicht schaffen, die Lohnnebenkosten – also auch die Kosten im Gesundheitswesen – in den Griff zu bekommen? ●

PRO

Ernährungsminister Christian Schmidt hat eine Strategie für „gesündere Fertigprodukte“ vorgelegt. Industriell gefertigte Lebensmittel sollen künftig weniger Salz, Zucker und Fett enthalten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob wir staatliche Vorgaben brauchen, um unsere Lebensmittel zu verändern. Wir fragen daher zwei unserer Mitglieder nach ihrer Meinung: Brauchen wir mehr staatliche Regulierung unserer Lebensmittel?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Ernährungsumstellung geht über Kopf, nicht über Verbote

Ohne Frage: Übergewicht, Adipositas und ihre Folgen nehmen alarmierend zu. Es gibt in Deutschland 6,7 Millionen Diabetiker. Persönlicher Leidensdruck und sozioökonomische Folgen sind riesig. Das geht uns alle an. Die Ursachen sind vielfältig. Ein wichtiger Baustein ist die Ernährung. Je ausgewogener desto gesünder. Das müssen wir fördern – von der Beratung in der Schwangerschaft über Standards in Kita- und Schulverpflegung bis zum Gesundheitscheck im Alter.

Zwang, Verbote à la „Veggie Day“ oder Strafsteuern auf Zucker und Co. helfen dabei nicht. Die Verbraucher sind mündig und wollen so behandelt werden. Strafsteuern sind schwer zu erheben und spülen nur Geld in die Kassen des Staates. Das Ernährungsverhalten ändert sich nicht. Darauf kommt es aber an. Die brutale Wahrheit ist: Wer zu viel isst, nimmt zu – egal, ob von Dinkelnudeln oder Schokolade. Es gibt per se keine guten oder schlechten Lebensmittel. Die Dosis macht's – selbst beim Salat. Wir setzen deshalb auf Information,

Bildung, Aufklärung, Beratung. Es ist der mühsamere Weg. Aber nur wer weiß, wie er gesund leben kann, und dies auch will, wird dies tun. Schon heute kann sich jeder die Zutatenlisten von Produkten ansehen. Dafür braucht es keine Lebensmittelampel, die auch nicht hält, was sie verspricht. Sie wird der Komplexität der Produkte nicht gerecht.

CONTRA

Veränderte Rezepturen können helfen. Aber dies geht nur mit Lebensmittelwirtschaft und -handel, nicht gegen sie. Innovationen brauchen Zeit.

Kleinere und mittlere Betriebe können diese Aufgaben nicht so leicht schultern wie die großen. Staatliche Rezepte führen allenfalls zur Verdrängung, aber nicht zu mehr Gesundheit. Es bleibt dabei: Wir brauchen vor allem Bildung, Bildung, Bildung. Eine Umstellung des Ernährungsverhaltens geht nur über den Kopf nicht über Verbote. ●



Gitta Connemann (53) ist stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und MIT-Fachsprecherin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Nach einer Ausbildung zur Schuhverkäuferin studierte sie Jura und war danach elf Jahre als Rechtsanwältin in Leer selbstständig.

Sachzuwendungen kommen beim Mitarbeiter immer gut an, ob als Geschenk, als Zusatz zum Gehalt oder einfach als Form der Anerkennung. Werden die Freigrenzen richtig ausgenutzt, profitieren Arbeitgeber und Mitarbeiter mit verminderter Abgabenlast. Unterschieden wird nach dem Anlass:



Geschenke an Arbeitnehmer **ohne besonderen Anlass** sind steuer- und sozialversicherungsfrei, wenn

1. es sich nicht um eine Geldzuwendung handelt, und
 2. die Freigrenze von 44 Euro (brutto) im Monat nicht überschritten wird.
- Beispiele für Sachzuwendungen sind Job-Tickets und Tank- oder Warengutscheine, die bei entsprechenden Vertragspartnern eingelöst werden können. Der Arbeitnehmer darf jedoch keinerlei Anspruch auf eine Geldauszahlung haben.

Geschenke an Arbeitnehmer **aus besonderem Anlass** wie Geburtstag, Jubiläum oder Hochzeit sind abgabenfrei, wenn die Freigrenze von 60 Euro (brutto) je Anlass eingehalten wird und es keine Geldzuwendung ist. Auch mehrere Anlässe in einem Jahr sind also nicht schädlich.

In der betrieblichen Praxis sind Gutscheinregelungen oft arbeitsaufwändig, kompliziert und mit strengen steuerlichen Vorschriften belastet. Außerdem müssen Verträge mit Dritt-

partnern wie Tankstellen, Warenhäusern oder Restaurants geschlossen werden. Diese analoge Lösung stirbt langsam, aber sicher aus.

Die moderne Lösung ist eine Prepaid-Geldkarte, die sich äußerlich kaum von einer gängigen Kreditkarte unterscheidet, aber jegliche Möglichkeit einer Umwandlung in Bargeld technisch blockiert. Anbieter wie zum Beispiel Spendit, Edenred, givve oder auch die großen Mineralölkonzerne bieten eine digitale Lösung, die Zeit spart und personelle Ressourcen schont.

Mit wenigen Klicks kann – nach einem entsprechenden Vertragsabschluss – auf den Portalen der Anbieter die Geldkarte für den Arbeitnehmer individuell oder per monatlichem Dauerauftrag mit beispielsweise 44 Euro aufgeladen werden. Der große Vorteil für den Mitarbeiter besteht in der freien Wahl des Einsatzes der Karte. Ob sie für den Haushaltseinkauf, den Benzinbezug oder nach Anspargung für die Urlaubsreise eingesetzt wird: Der

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft, heißt es im Volksmund. Ob dies auch bei Geschenken an Mitarbeiter möglich ist, erklärt MIT-Bundesschatzmeister Hermann Hesse in seiner Kolumne. In loser Folge schreibt er, welche Zusatzleistungen sich lohnen und was steuerlich zu beachten ist. In dieser Ausgabe: Sachzuwendungen

KOLUMNE: TEIL 3

Mehr Netto vom Brutto



Bezahlung einer Sachleistung ist keine Grenze gesetzt. Und das mit Anerkennung durch die Finanzbehörden.

Aus der Praxis

- Ein Aufladen der Geldkarte mit 60 Euro zum Geburtstag und ein zusätzlicher Blumenstrauß ist natürlich nicht möglich. Die Freigrenzen bei Sachzuwendungen sind penibel einzuhalten.
- Geschenke müssen immer zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn geleistet werden. Eine Gehaltsumwandlung ist nicht möglich.

Rechtlicher Hinweis: Autor und Redaktion übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit der vorstehenden Hinweise; ebenso ersetzen die Ausführungen keine steuerliche Beratung.



Der 5,19 Meter lange L200 verfügt über eine ausziehbare Alu-Ladefläche.

AUTOTEST: MITSUBISHI L200 CLUB CAB

Ein Kraftpaket mit viel Laderaum

Wer sich von der Länge nicht abschrecken lässt, darf sich freuen: Der L200 schafft den Spagat zwischen Offroader, Nutzfahrzeug und Passagiertransporter.

Wer Kleinwagen liebt, sollte jetzt weiterblättern. Für anders Gestrückte ist dieser bullige, kraftvolle Pick-up vielleicht der Karosserie gewordene Traum von automobilerem Nutzwert, gepaart mit einem Schuss Aufmerksamkeitswert, wie er Fahrzeugen zuteil wird, die man nicht jeden Tag vor Augen hat. Jedenfalls hat er was, was andere nicht haben. Zuallererst die Länge: 5,19 Meter! Damit ist das Riesenschiff weniger geeignet für den Parkplatz vor dem Supermarkt als für alle möglichen Transportaufgaben, sei es im Handwerksbetrieb oder im Freizeitbereich.

Und damit sind wir auch schon im Revier. Wer schon einmal einen starken Keiler oder ein Stück Rotwild geborgen hat, wird die ausziehbare Alu-Ladefläche des L200 lieben. Das Auflasten erlegter Beute gelingt sozusagen im Handumdrehen, erst recht und ohne Bandscheibenvorfall, wenn man sich für die spezielle Jägerversion entschieden hat, die (natürlich gegen Aufpreis) Seilwinde, Wildwanne, Hundebox und Waffentresor vorsieht. Auch vorne im Fonds ist reichlich

Kopf- und Beinfreiheit für Fahrer und Beifahrer, die Rücksitze in der von uns gefahrenen 1½-Kabiner-Version natürlich eher ein Notbehelf. Das Cockpit unterscheidet sich nicht von einem gewöhnlichen Pkw, ist übersichtlich, bietet Klimaautomatik und beheizbare Vordersitze. Allerdings: Beim Einparken sind Ratefuchse gefragt, denn der Blick über die abfallende Motorhaube erschwert ebenso das Abschätzen wie der Rückblick durch die abgedunkelte Heckscheibe. Eine Heckkamera als Extra macht hier absolut Sinn.

Der Motor läuft kultiviert, aber nicht ganz ruhig. Ein vertraut klingendes Nutzfahrzeug-Nageln ist die Musik des Aggregates. Bleibt die Frage, ob solch ein Schiff auch fürs Revier taugt. Klare Antwort: ja. Dank grober Geländebereifung, zuschaltbarem Allradantrieb, Untersetzung und 100 Prozent sperrbarem Hinterachsdifferential ist der L200 für Reviereinsätze durchaus geeignet. Trotz der gewaltigen Länge meistert er auch enge Kurven und ist mit 11,8 Metern Wendekreis in seiner Klasse wohl ganz weit vorne.

Rudolf Ley

Fazit

Der Mitsubishi L200 Club Cap ist ein echter Lastesel, kein Autobahn-Tiefflieger zum Verfolgen von Vertreterkutschen. Er ist vielmehr ein Arbeits- und Revierauto, denn ob als Transporter im Handwerksbereich oder für die Freizeit, dieser Pick-up schluckt (fast) alles.

Mittelstandsmagazin-Bewertung

Familien-Faktor:	★ ★ ★ ★ ★ (1,5)
Komfort-Faktor:	★ ★ ★ ★ ★ (3,5)
Bedien-Faktor:	★ ★ ★ ★ ★ (3,5)
Spaß-Faktor:	★ ★ ★ ★ ★ (3,8)
Wow-Faktor:	★ ★ ★ ★ ★ (4,2)
Preis-Leistung:	★ ★ ★ ★ ★ (4,0)

Fahrzeugdaten des Testautos (Herstellerangaben)

Motor	Diesel
Hubraum	2.442 cm ³
Leistung	113 KW (154 PS)
Abmessungen	L 5,19 m x B 2,15 x H 1,78 (inkl. Außenspiegel)
Leergewicht	1.478 kg
Zuladung	1.372 kg (ausstattungsabhängig)
Beschleunigung	12,2 s (0 – 100 km/h)
Preis	26.290,- € (Basisvariante)

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie?
In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des
PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben

Barrierefreiheit vor der Zielgeraden

Welche Anforderungen müssen Unternehmer erfüllen, damit Dienstleistungen und Produkte mit besonders hoher Leistung – etwa Fernseher oder Websites – für Hör- oder Sehgeschädigte zugänglich sind? Der Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments hat nun einen unglücklichen Vorschlag der EU-Kommission deutlich verbessert. So hätte beispielsweise jedes Bild oder Video auf einer Unternehmenswebsite mit einem Text unterlegt werden müssen. Dies hätte den Onlinehandel kleiner Mittelständler unverhältnismäßig belastet. Statt ihnen Ausnahmen von diesen Vorschriften nur nach bürokratischer Begründung zu gewähren, werden Kleinstunternehmen aber nun von den Vorgaben ganz ausgenommen. Auch für mittlere Unternehmen sind Erleichterungen vorgesehen.

Brexit: Klarheit für Unternehmen schaffen

Die zweite Brexit-Verhandlungsrunde lässt weiterhin viele Fragen über den Austritt Großbritanniens aus der EU offen. In Deutschland ist besonders die Luftfahrtbranche besorgt, da sie nicht unter die WTO-Regeln fällt. Ohne Folgeabkommen könnte es zu massiven Einbußen im Tourismus-, Passagier- und Frachtverkehr kommen. Unklar sind auch die Folgen für das produzierende Gewerbe. Durch die komplexen Lieferketten überqueren Einzelteile häufig mehrmals die Landesgrenzen, ehe das Endprodukt gefertigt ist. Im Jahr 2014 kam es schätzungsweise zu mehr als 170 Milliarden Euro ebensolcher britischen Vorleistungen an EU-Mitgliedstaaten. Es gilt also, die Austrittsverhandlungen rasch zu führen, um Großbritannien als Handelspartner beizubehalten und nicht-tarifäre Handelshemmnisse gering zu halten.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Investitionen

SPD baut Luftschlösser

Die Forderung der SPD nach mehr Geld für staatliche Investitionen ist aus MIT-Sicht ein Ablenkungsmanöver. „Das Geld ist schon jetzt da, es kann aber nicht genutzt werden, weil entweder die Planungen nicht fertig oder keine Baukapazitäten vorhanden sind. Wir müssen also die Planungsprozesse beschleunigen“, sagte MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. Problematisch sei auch die Einführung einer „Investitionsverpflichtung“ des Staates. Linnemann: „Eine starre Verpflichtung würde den Staat zwingen, im Zweifel auch unsinnige Bauvorhaben zu unterstützen. Davon halte ich nichts.“ Schließlich habe die Union zugesagt, ein Drittel der erwarteten Steuermehreinnahmen in zusätzliche Investitionen zu stecken. „Dafür brauchen wir keine Verpflichtung.“



Problematische Staatsbeteiligung

Aus Sicht des MIT-Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann müssen nach dem Abgas-Skandal Politik und Autokonzerne gleichermaßen ihre Rolle hinterfragen. „Kein deutscher Mittelständler könnte es sich erlauben, derart skrupellos erst staatliche Regeln und dann staatliche Kontrollorgane zu manipulieren“, sagt Linnemann. Einige Konzernmanager hätten offensichtlich die Bodenhaftung verloren. Mit Blick auf die Verstrickungen des Volkswagen-Konzerns sagte Linnemann, er finde es grundsätzlich problematisch, wenn sich der Staat an privaten Unternehmen beteilige: „Der Staat kann nicht gleichzeitig als Schiedsrichter und als Spieler auftreten.“

Ordnungspolitik

Linnemann für Moschee-Register

MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann hat die Unionsparteien aufgefordert, den Umgang mit dem Islam im Wahlkampf stärker zu thematisieren. Die Ideen, die hinter einem Islamgesetz stehen, seien richtig, sagte er dem „Spiegel“. Linnemann fordert eine Übersicht über die Aktivitäten der Moscheen in Deutschland und dass Imame in Deutschland ausgebildet werden. Dies müsse auch im Wahlkampf angesprochen werden. Im „Westfalen-Blatt“ konkretisierte er, ein solches Moschee-Register solle offenlegen, wer eine Moschee trägt und finanziert. Moscheen dürften nicht mehr vollständig von fremden Staaten finanziert werden. Zudem sollten sich alle Imame „der Sprache und Lebenswirklichkeit in Deutschland anpassen.“ Linnemann: „Wir müssen die Ausbreitung des radikalen Islam stoppen.“



Bewegung beim juMIT

Der Arbeitskreis „Junger Mittelstand“ (juMIT) der MIT Hessen hat einen erfolgreichen Start hingelegt. Als vorteilhaft erweist sich die enge Zusammenarbeit mit der Jungen Union (JU). Anfang Mai war der juMIT mit einem Stand auf dem Landtag der JU Hessen vertreten. Das Interesse der JU-Mitglieder war groß, insgesamt konnten fünf neue Mitglieder gewonnen werden. Es folgten Vorstellungen in Bezirks- und Kreisverbänden und im Juli eine erste Betriebsbesichtigung bei einem Frankfurter Startup. Einen ähnlichen Weg wird nun auch der MIT-Bundesverband gehen und erstmals beim Deutschlandtag der Jungen Union im Oktober in Dresden mit einem eigenen Stand vertreten sein.



DWD-Gesetz: MIT hilft Privaten

Das vom Bundestag beschlossene Gesetz zum Deutschen Wetterdienst (DWD) ist ein Erfolg für private Wetterdienste und digitale Unternehmen: Die Bundesbehörde DWD wird in Zukunft nicht sämtliche Wetterdaten kostenfrei für alle veröffentlichen. Der Bundestag folgt damit der wettbewerbsspolitischen Kritik, die neben dem Bundesrat und Digitalverbänden auch die MIT im Laufe des parlamentarischen Prozesses geäußert hat. Die MIT war vom Verband Deutscher Wetterdienstleister (VDW) zuvor darauf hingewiesen worden, dass mit der ursprünglichen Fassung der faire Wettbewerb behindert und zahlreiche Arbeitsplätze bedroht worden wären. In einem Dankschreiben an die MIT äußerte der VDW nun die Hoffnung, mit dem DWD „eine beiderseitig faire und langfristig tragfähige Zusammenarbeit“ erreichen zu können.

Start: Jobvermittlung für Senioren

Seit 2014 gilt in Deutschland die von der MIT angestoßene Flexi-Rente, die längeres Arbeiten attraktiver macht. Jetzt hat MIT-Mitglied Dominik Hoffmann einen digitalen Marktplatz entwickelt, der vornehmlich über 50-jährige Fach- und Führungskräfte und Unternehmen zusammenbringt. Unter www.tuskerteam.de können ältere Arbeitnehmer ein Profil erstellen und nach Arbeitgebern suchen, die für einen definierten Zeitraum Unterstützung benötigen in Management- und Fachfragen.



Hendrik Wüst

Der Landesvorsitzende der MIT Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, ist zum neuen Verkehrsminister in NRW ernannt worden. Wüst führt den MIT-Landesverband seit 2013 und war zuletzt wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Zwischen 2006 und 2010 war der 42-jährige bereits Generalsekretär der CDU NRW und von 2002 bis 2012 Mitglied des CDU-Bundesvorstands. Neben den Herausforderungen der Verkehrsgestaltung will sich Wüst nun vor allem der intelligenten, vernetzten Mobilität widmen.



Sven Schulze

Der Europaabgeordnete Sven Schulze ist neues Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EU-Parlaments. Damit wird er auch für die Anwendung neuer Technologien sowie die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen zuständig sein. Bisher war Schulze Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Der 38-jährige ist Mitglied im MIT-Bundesvorstand und Generalsekretär der CDU Sachsen-Anhalt.



Markus Pieper

Der Europaabgeordnete Markus Pieper (54) ist neuer Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament. Die „Deutsche Gruppe“ ist mit 34 Unionsabgeordneten die größte nationale Gruppe der Fraktion der Europäischen Volkspartei. In seiner neuen Funktion koordiniert er unter anderem die Ausschuss- und Funktionsbesetzungen seiner Kollegen und die Öffentlichkeitsarbeit der Gruppe. Pieper gehört dem EU-Parlament seit 2004 an und ist europapolitischer Sprecher des MIT-Bundesvorstands.



Steffen Kanitz

Der Bundestagsabgeordnete und Bezirksvorsitzende der MIT Ruhrgebiet, Steffen Kanitz (33), ist neuer Schatzmeister der CDU NRW. Er übernimmt das Amt kommissarisch von Stephan Holthoff-Pförtner, der zum neuen Landesminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Medien gewählt worden ist. Kanitz Nominierung muss durch den nächsten Landesparteitag der CDU bestätigt werden. Der neue kommissarische CDU-Generalsekretär Josef Hovenjürgen ist ebenfalls MIT-Mitglied.



Sie haben eine Firmenübergabe oder einen Personalwechsel eines MIT-Mitglieds zu vermelden? Wir freuen uns auf Ihren Hinweis mit Hintergrundinformationen an redaktion@mit-bund.de

INTERVIEW MIT SEBASTIAN LAZAY

„Zeitarbeit ist eine große Chance für Geflüchtete“

Die Integration von Asylsuchenden und Asylbewerbern in die Arbeitswelt gehört zu den Herausforderungen der Gegenwart, der sich die Zeitarbeit überzeugt stellt. Wie, darüber sprach das Mittelstandsmagazin mit Sebastian Lazay, Vizepräsident des Bundesarbeitgeberverbands der Personaldienstleister (BAP).

Die Gesellschaft ist gefordert, Asylbewerber in die Arbeitswelt zu integrieren. Seit einem Jahr können Zeitarbeitsunternehmen die Integration von Asylsuchenden unterstützen. Das Integrationsgesetz macht es möglich: Wie haben sich die Unternehmen Ihrer Branche auf diese Aufgabe vorbereitet?

Lazay: Vorbereitung war nicht nötig. Unsere Branche integriert seit Jahren ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Arbeitsmarkt. Laut Bundesagentur für Arbeit liegt der Ausländeranteil in der Zeitarbeit bei über 26 Prozent. Auf dem Gesamtarbeitsmarkt sind es dagegen nur etwas mehr als 10 Prozent. Das heißt, die Personaldienstleister haben große Erfahrung mit dieser Personengruppe und bringen vor allem die interkulturelle Kompetenz mit, um Geflüchtete erfolgreich in Arbeit zu bringen.

Wie offen sind die Kunden Ihrer Branche gegenüber dieser neuen Gruppe von Zeitarbeitnehmern?

Die Kunden sind da ganz offen. Das liegt auch daran, dass die Personaldienstleister als Arbeitgeber die unternehmerische Verantwortung bei der Beschäftigung der Flüchtlinge tragen. Es ist jedoch unabdingbar, mit den Kunden vorab über das Thema zu sprechen und die Flücht-



Sebastian Lazay

linge sehr intensiv bei ihren Kundeneinsätzen zu begleiten. Damit wird die Integration Geflüchteter für unsere Branche deutlich aufwändiger als bei anderen Personengruppen.

Welche Erfahrungen machen die Personaldienstleister mit ihrem Integrationsangebot und welches Feedback bekommen Sie als BAP?

Es ist erstaunlich, wie viele unserer Mitglieder berichten, dass Geflüchtete proaktiv zu ihnen kommen und nach Arbeit fragen. Bei dieser Gruppe hat sich offenbar herumgesprochen, dass die Zeitarbeit gute Perspektiven bietet – nämlich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit tariflicher Bezahlung. Als Verband werden wir häufig

auf das Thema angesprochen, auch aus der Politik. Allerdings ist unsere Branche zu klein, um die Integration Geflüchteter im Alleingang zu bewältigen. Außerdem machen uns die neuen gesetzlichen Regeln mit Equal Pay nach neun Monaten und einer Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten die Aufgabe viel schwerer.

Die Möglichkeit für Unternehmen der Personaldienstleistungsbranche, die Integration von geflüchteten Menschen engagiert zu unterstützen, ist auf drei Jahre befristet und läuft demnach 2019 aus. Mit welchen Folgen rechnet der BAP für die Integration?

Seriös kann das niemand voraussagen. Aber das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat herausgefunden, dass in der Gesamtwirtschaft knapp 10 Prozent der Unternehmen Erfahrungen mit Geflüchteten haben, bei uns in der Branche aber 25 Prozent. Die Zeitarbeit ist also eine große Chance für die Integration Geflüchteter, die nicht allein wegen antiquierter ideologischer Feindbilder vertan werden darf. Wir Personaldienstleister helfen gerne, aber dann sollte uns die Politik unterstützen, indem sie bürokratische Hürden abbaut statt aufbaut und die Zeitarbeit nicht noch weiter reguliert.

Ich bin neu in der MIT, weil...

Die MIT ist mit mehr als 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft



Elisabeth Bölter

Grafik- und Webdesignerin,
MIT Herne



Michael Rassinger

Strategieberater,
MIT Berlin-Reinickendorf



Jens Engelken

Diplom-Agraringenieur,
MIT Meppen

„Ich bin in der MIT, weil die Interessen von Klein- und Alleinunternehmern in der Politik vertreten werden müssen.“

Elisabeth Bölter lebt und arbeitet als selbstständige Grafik- und Webdesignerin in Herne. Die meisten Entwürfe entstehen am PC, aber gelegentlich greift sie auch zum Pinsel oder Zeichenstift. Die Designerin hat bereits während ihres Studiums freigearbeitet. Seit 2008 ist sie hauptberuflich selbstständig. Ehrenamtlich betreibt sie für die Kolpingfamilie Wanne-Eickel Zentral Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Aus ihrer Sicht muss die Politik die Belange von Allein- und Kleinunternehmern stärker berücksichtigen. Vor allem Freelancer und Unternehmen mit wenigen Angestellten würden in der öffentlichen Diskussion derzeit untergehen. Ihre Freizeit verbringt Bölter zum größten Teil mit ihrem Hund, weshalb dieser auch mit abgebildet werden sollte. Ebenso findet sie bei der Gartenarbeit Entspannung.

„Ich bin in der MIT, weil es in Deutschland wirtschaftlich noch besser laufen kann. Als Impulsgeber ist die MIT dafür unentbehrlich.“

Ein Lehrer gab Michael Rassinger folgenden Satz mit: „Sie haben viele Talente. Machen Sie was draus.“ In der Konsequenz studierte er Musik in Augsburg und München, gab Konzerte und veranstaltete eine Konzertreihe. Parallel absolvierte Rassinger eine journalistische Ausbildung, arbeitete für ein mittelständisches Medienhaus und verlagerte seine Karriere ab 2006 ins Ausland. Nach der Rückkehr begann er als Journalist und Ghostwriter seine Selbstständigkeit und machte einen MBA-Abschluss in Cambridge. Im Laufe seiner Berufstätigkeit lernte er verschiedene Branchen kennen, sammelte Konzernenerfahrung und war Teil von agilen Teams. Heute hilft Rassinger als „Der Wortmacher“ Unternehmen, für komplexe Themen eine präzise, verständliche und authentische Sprache zu finden.

„Ich bin in der MIT, weil Ernährung und Energiewirtschaft sich im Wandel befinden. Als Landwirt und Unternehmer will ich aktiv diesen Wandel begleiten.“

Der Agraringenieur Jens Engelken aus Haren (Ems) nutzte die Chance, nach dem Studium den elterlichen Betrieb auf die Herausforderungen des veränderten Marktes einzustellen. Dazu investierte er unter anderem in alternative Haltungseinrichtungen für Tiere. Für seine Leistungen in der Unternehmensentwicklung erhielt er den landwirtschaftlichen „Ceres Award“ in der Kategorie Manager des Jahres. Als Bauer sieht er direkt die Vor- und Nachteile des Klimawandels und möchte sich in Diskussionen um den Wandel in der Energieerzeugung oder auch in der Herstellung der Lebensmittel einbringen. Dazu engagiert er sich als Agrarscout beim Forum Moderne Landwirtschaft und als Berater im Praktikernetzwerk des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

BEREIT FÜR NEUE AUFGABEN: DIE BUSINESS COMBIS VON ŠKODA.



ŠKODA
SIMPLY CLEVER

z. B. SUPERB COMBI
mtl. ab **279,- €***



»IAA 2017



Echte Leistungsträger für Ihre Flotte.

Verleihen jedem Unternehmen mehr Größe: Mit bis zu 1.950 l Ladevolumen, höchstem Komfort und modernsten Konnektivitätslösungen sind die Combi-Versionen der Modelle ŠKODA SUPERB und OCTAVIA wahre Allroundtalente fürs Berufsleben. Und dank vergleichsweise niedriger Betriebskosten ein echter Gewinn für jede Flotte. **Überzeugen Sie sich selbst von den Qualitäten unserer Geschäftsmodelle. Für ein persönliches Angebot oder eine Probefahrt kontaktieren Sie unsere Business-Hotline unter 0800/25 85 855 oder informieren Sie sich auf skoda-geschaeftskunden.de**

Kraftstoffverbrauch für ŠKODA SUPERB COMBI Ambition 2,0 l TDI (110 kW) in l/100 km, innerorts: 5,1–5,0; außerorts: 4,0–3,9; kombiniert: 4,4–4,3. CO₂-Emissionen, kombiniert: 115–112 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Effizienzklasse A. Kraftstoffverbrauch für alle abgebildeten Modelle/verfügbaren Motoren in l/100 km, innerorts: 9,0–4,1; außerorts: 6,2–3,7; kombiniert: 7,2–3,9. CO₂-Emissionen, kombiniert: 164–102 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Effizienzklasse D–A.

*Berechnung des Ratenbeispiels: ŠKODA SUPERB COMBI Ambition 2,0 l TDI (110 kW) inkl. Metalliclackierung und Ausstattungspaket Business Amundsen, unverbindliche Preisempfehlung 26.609,24 € zzgl. MwSt., exkl. Überführungs- und Zulassungskosten. Laufzeit 36 Monate und jährliche Laufleistung 20.000 km, Rate zzgl. MwSt. Ein Angebot der ŠKODA Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Str. 57, 38112 Braunschweig. Nur gültig für Großkunden mit Rahmenvertrag der Volkswagen AG bei Bestellung bis zum 31.12.2017. Bonität vorausgesetzt.



Alles Wichtige mach' ich selbst!

LEXWARE

Einfach machen

Erst recht, wenn es um meine Finanzen geht.

Buchhaltung, Aufträge, Rechnungen oder Lohn und Gehalt: Mit Lexware haben Sie mit einem Klick alle Geschäftszahlen selbst im Blick – im Büro, zu Hause oder unterwegs. Egal, ob Sie das erste Mal mit Buchhaltung zu tun haben oder Vollprofi sind. **Jetzt 4 Wochen kostenlos testen!** www.lexware.de